

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich
einmal, Sonntags und Posttags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorwärts“, illustrierte Beilagen „Boil
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
blätter“, „Lehrpl.“, „Bild in die
Welterhellung“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration
des „Vorwärts“ auf die
Berliner Ausgabe ist eine
Schwäche, die durch die
Einführung von Ausgabes
in anderen Städten abge-
hoben werden sollte. Jedes
weiteren Wort über die
Berliner Ausgabe ist über-
flüssig. Die Berliner Ausgabe
ist die einzige, die die
Berliner Arbeiterbewegung
wirklich repräsentiert. Die
anderen Ausgaben sind nur
Abklatschwerke der Berliner
Ausgabe. Die Berliner Ausgabe
ist die einzige, die die
Berliner Arbeiterbewegung
wirklich repräsentiert.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Telefon: 202-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wollfr. 65. Diskontogeldscheine, Depostenkasse Lindenstr. 3

Einsturzkatastrophe in Paris.

Ein sechsstöckiger Neubau zusammengebrochen. — 25 Arbeiter begraben.

Paris, 18. Oktober.

Im Vorort Vincennes stürzte heute nachmittag ein
Neubau befindliches Haus, das bereits bis zum
ersten Stockwerk fertiggestellt war, ein. Von
den etwa 25 Arbeitern — die genaue Zahl steht
noch nicht fest — die zurzeit des Unglücks auf dem
Bau beschäftigt waren, konnte sich keiner retten.
Die Straße und umliegende Gebäude wurden
von den Steintrümmern überschüttet. Von dem ein-
stürzten Haus ist nur noch das erste Stockwerk
erhalten geblieben. Man befürchtet, daß auch der Eigen-
tümer, der im Erdgeschoss bereits eine für ihn bereit-
gestellte Wohnung bezogen hatte, verunglückt ist.
Der Feuerwehrgelang es nach einer Stunde,
die Arbeiter zu bergen, von denen zwei
in ein Krankenhaus übergeführt. Pioniere und
Polizei beteiligten sich an den Rettungsarbeiten.

Rettungsarbeiten in Gang.

Zum HausEinsturz in Vincennes wird weiter ge-
arbeitet. Die Rettungsmannschaft hat sich mit einem,

unter den Trümmern liegenden Arbeiter verständigen
können, der mitteilte, daß neben ihm drei bewußtlose
Kameraden liegen. Der Feuerwehrgelang es, dem Ar-
beiter durch einen Schlauch etwas Rum zuzuführen. Die
Vergungarbeiten haben eine neue Leiche zutage
gefordert, was die Zahl der bisher geborgenen Todes-
opfer auf drei erhöht, die, wie die Mehrzahl der dort
beschäftigten Arbeiter sämtlich Italiener sind.

Man glaubt, daß gegenwärtig noch 15 oder 16
Arbeiter unter den Trümmern liegen. Zwei Schlosser
konnten sich durch Herauspringen aus den Fenstern
retten, einem Arbeiter gelang es, mit leichten Ver-
letzungen zu flüchten. Der Baumeister, der im Erd-
geschoss bereits eine Wohnung für sich hatte fertigstellen
lassen, besand sich zur Zeit des Unglücks nicht, wie an-
fänglich angenommen wurde, im Hause, sondern seine
Frau, die sich aber retten konnte. Der Baumeister be-
findet sich jetzt auf der Unglücksstätte, ist aber noch un-
fähig, überhaupt anzugeben, wie viel Arbeiter er
beschäftigte.

Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts
bekannt.

Ueberalterte Parlamente.

Die Wirkung der Verschiebung der Gemeindevahlen.

Von Bürgermeister Carl Stoll.

Der Beschluß des Preussischen Landtages, die Gemeindevahlen
erst Ende 1929 vornehmen zu lassen, ist tief bedauer-
lich. Der Gedanke, einen kommunalen Großwahltag
anzusetzen, d. h. mit den Gemeindevertreterwahlen die
Wahlen zu den Kreistagen und Provinziallandtagen zu
tätigen, war durchaus glücklich. Dazu hätte es freilich einer
Abkürzung der Wahldauer für die Kreistage und Provinzial-
landtage bedurft, für die Neuwahlen erst Ende 1929 fällig
sind. Aber die Verkürzung der Wahldauer dieser Körper-
schaften wäre weit eher vertretbar gewesen als die Ver-
längerung der Wahldauer der Gemeindevertre-
tungen. Die Kreistage und Provinziallandtage sind zu
einer ruhigeren Zeit gewählt worden als die Gemeindever-
tretungen, die in ihrer heutigen Zusammensetzung das Er-
gebnis des Großwahltages vom 4. Mai 1924 sind. Während
aber in Reich und Staat das Fehlurteil vom 4. Mai
1924 längst und mehrfach korrigiert worden ist, sind die
Gemeinden nach wie vor den „Segnungen“ des Bürgerblocks
ausgeliefert. Das ist ein Zustand, den kein Verständiger zu
vertreten vermag.

Der Gesetzgeber hat die Wahldauer der gegen-
wärtigen Gemeindevertretungen nicht begrenzt, nur für
die künftigen Gemeindevertretungen hat er eine vier-
jährige Wahldauer bestimmt. Die Gründe sind durchaus ein-
leuchtend. Als die jetzigen Gemeindevertretungen gewählt
wurden, rechnete man mit der alsbaldigen Verabschiedung
der neuen Städte- und Landgemeindeordnung. Beabsichtigt
war, innerhalb von sechs Monaten nach der Verabschiedung
der neuen Städte- und Landgemeindeordnung die Neu-
wahlen in den Stadt- und Landgemeinden vornehmen zu
lassen. Die wichtigen Probleme der Städte- und Landge-
meindeordnung sind aber längst zur Stagnation gekommen.
Einmal war in wichtigen Punkten unter den Koalitions-
parteien keine Einigung zu erzielen, zum anderen ist der an
sich durchaus begrüßenswerte im Sinne der Förderung des
Unitarismus gelegene Gedanke der Schaffung einer ein-
heitlichen Städte- und Landgemeindeordnung für das
ganze Reich aufgetaucht, dessen praktische Verwirklichung
einen eminenten Fortschritt bedeuten würde. Leider sind die
Ausichten dazu alles andere als günstig.

Wenn nun auch Strömungen zur Schaffung einer ein-
heitlichen Städte- und Landgemeindeordnung für das
ganze Reichgebiet vorhanden sind, so wird doch die Mei-
nung nicht zu widerlegen sein, daß wir erst einmal in
Preußen die bisherige Bunsföderalität überwinden und
die dringend notwendige Einheitlichkeit schaffen müssen. Die
Vertröstung auf das Reich bringt uns einstweilen nicht
weiter.

Es ist jedenfalls eine Ironie des Schicksals, daß Ge-
meindeparlamente, deren Wahldauer kürzer als vier
Jahre gedacht war, diese Grenze um eineinhalb Jahr
überschreiten sollen. Das bedeutet die Ueberalter-
ung mit allen ihren Schattenseiten und unerkennbaren
Nachteilen.

Schon daß wir bis in den Oktober hinein über den Wahl-
termin in Ungewißheit gehalten wurden, war unverantwort-
lich. Wir glaubten es mit sterbenden Parlamenten zu
tun zu haben und erlebten aus dieser Auffassung heraus eine
Lähmung des kommunalen unternehmen-
den Geistes. Wie manche wichtige Sache wurde mit dem
Vermerk zu den Akten geschrieben: Wiedervorlage nach den
Neuwahlen! Jetzt erleben wir eine künstliche Verlängerung
der Periode. Aber es ist nur ein künstliches Wiederauf-
stacheln der alten Lebenskräfte, keine wirkliche Belebung
des produktiven Sinnes. Wir haben also nichts gewonnen,
sondern auf der ganzen Linie verloren.

Gewiß ist die Zusammenlegung sämtlicher kommunaler
Wahlen erstrebenswert, schon um das staatsbürger-
liche Pflichtgefühl aufzurufen, das sich vielfach darin
gefällt, Reichs- und Landtagswahlen für einigermaßen
wichtig, kommunale Wahlen aber für herzlich unbedeutend
zu halten. Welch gründlicher Irrtum! In den Gemeinden,
den Kreisen und Provinzen wird zwar keine „große“ Politik
gemacht, aber es werden hier Dinge entschieden, die uns am
nächsten liegen. In den Gemeinden, den Kreisen und Pro-
vinzen haben gerade wir Sozialisten oft die beste Möglichkeit,
die Willensrichtung des Sozialismus heraus-
zustellen. Darum erwacht gerade uns die Pflicht, die Gleich-
gültigkeit und Laueheit in kommunalen Dingen beherzt zu
zerbrechen.

Es ist nicht zu leugnen, daß von den kommunalen Par-
lamenten die Gemeindevertretung noch das meiste
Interesse findet. Kreistage und Provinzialland-
tage stehen dem Durchschnittswähler fern, und er kennt
auch oft genug die innere Verflochtenheit der Dinge nicht.
Wenn daher die übrigen kommunalen Wahlen mit den
Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und Ge-
meindevertretungen zusammengelegt werden, so wird das
stärkere Interesse für die Gemeindeangelegenheiten auch den

Bethlen und Burgenland.

Einmütige Abwehr in Deutschösterreich.

Wien, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Im Nationalrat haben die Sozialdemokraten eine dringliche
Anfrage wegen der Rede des ungarischen Ministerpräsidenten ein-
gebracht. Bethlen hatte erklärt, daß Ungarn die Abtretung des
Burgenlandes an Oesterreich nie anerkennen werde. Die An-
frage verweist darauf, daß vor einem Jahr Bundeskanzler Seipel
klar hat, die österreichische Regierung habe von der ungarischen
Regierung die formale Versicherung erhalten, daß die
Grenze zwischen Oesterreich und Ungarn von diesem als
 definitiv bereinigt angesehen werde. Dem widerspreche die Rede
des ungarischen Ministerpräsidenten, und es wird deshalb der
Bundeskanzler gefragt, ob er zur Antwort darauf den Inhalt
der formalen Versicherung veröffentlicht wolle, welche er
von der ungarischen Regierung erhalten habe.

Die Anfrage wurde von dem sozialistischen burgenländischen
Abg. Sailer begründet, der betonte, daß Ungarn die Zugehörig-
keit des Burgenlandes zu Oesterreich zweimal anerkannt
habe, im Vertrag von Trianon und in dem von Benedig.
Wenn der ungarische Ministerpräsident glaube, eine Volksabstim-
mung im Burgenlande würde jetzt für Ungarn ausfallen, so irre
er sich.

Das ganze burgenländische Volk hält treu zu Oesterreich. Gegen-
über der Vorstellung, als ob das Burgenland zu Ungarn zurück-
kommen könnte, antworten wir: Niemals!

Bundeskanzler Seipel erklärte gleichfalls, wenn der
ungarische Ministerpräsident glaube, daß eine neue Abstim-
mung das Burgenland zu Ungarn zurückbringen würde, irre er sich. Der
Bundeskanzler verweist dann darauf, daß im Vertrag von Benedig
klar ausgesprochen ist, es würde durch Trommelschlag im
Burgenland bekanntgegeben werden, daß in Benedig ein ge-
wisser Zustand zustande gekommen sei. Damals habe die
österreichische Regierung die Grenze also definitiv anerkannt.
Im übrigen hat, nachdem der ungarische Ministerpräsident am
18. Oktober seine Rede gehalten hat, die österreichische Regierung
durch ihren Gesandten der ungarischen Regierung mitteilen
lassen, daß die Ausführungen Bethlens geeignet seien, neue Be-
weismittelung der burgenländischen Bevölkerung hervorzurufen
und daß dadurch die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen beiden Staaten ungünstig beeinflusst werden
würden. Der ungarische Außenminister hat geantwortet, daß Graf
Bethlen bei seiner Rede keinerlei aggressive Absicht ge-
habt habe (!) und daß er auch nicht daran gedacht habe, die
Frage des Burgenlandes etwa wieder aufs Tapet zu bringen. Er
gibt nur einen historischen Rückblick.

Der Bundeskanzler teilte weiter mit, daß am Donnerstag eine
klare Antwort des ungarischen Außenministers gekommen sei,
dieser mitteilt, er habe mittlerweile mit Graf Bethlen ge-
sprachen und dieser erkläre, daß im Text des Vertrages von Benedig
keine Verzicht auf das Burgenland enthalten sei.
Man habe es allerdings ferngelegen, die burgenländische Frage
aktuelle Frage aufzuwerfen.

Dazu bemerkte der Bundeskanzler: „Ich muß zur Kenntnis
nehmen, daß die ungarische Regierung dieser Ansicht ist. Be-
ruhigend wirkt diese Auffassung allerdings nicht. Ungarn
macht jetzt eine revisionistische Politik. Wenn es aber zu
einer Revision der Grenze kommt, so wird es natürlich nicht bei der
Revision nur an einer Grenze bleiben können, und

die Protektoren dieses revisionistischen Ungarn müssen sich
sagen, daß dann auch andere Revisionenwünsche zur Sprache
kommen würden.“

Auch jetzt schon,“ schließt der Bundeskanzler, „ist das Burgenland
entschieden, bei Oesterreich zu bleiben.“

Zu Beginn der Sitzung hatte Präsident Niclas der Anteil-
nahme des ganzen österreichischen Volkes an dem Triumph des
„Graf Zeppelin“ Ausdruck gegeben, der ein neuerlicher Sieg
deutschen Geistes und deutscher Arbeit sei.

Wohin geht die Rheinlandkommission?

Wiesbaden, Mainz oder Speyer?

Wie der „Soz. Pressediener“ hört, hat die Rheinland-
kommission in Koblenz mit den deutschen Behörden
über die Frage ihres künftigen Amtssitzes Fühlung
genommen für den Fall, daß die zweite Besatzungszone bald
geräumt wird. Die Interalliierte Kommission hat drei
Städte bezeichnet, die ihr zusagen würden, und zwar Wies-
baden, Mainz und Speyer. Ehe eine Vereinbarung
über diese Frage getroffen werden kann, müssen erst die
beteiligten Städte gehört werden.

Sinrichtung in Italien.

Faschistenmörder von Faschisten erschossen.

Rom, 18. Oktober.

Dem Gnadengesuch des zum Tode verurteilten Kommunisten
della Maggiora ist nicht Folge gegeben worden. Das Todes-
urteil wurde am Donnerstag früh durch 12 Militärgelehrte
in Lucca vollstreckt. Della Maggiora hat bis zuletzt keine Fassung
und ein spöttisches Lächeln über das Aufgebot von über 600 Miliz-
soldaten bewahrt. Seine Verurteilung war erfolgt, weil er, aus
Frankreich zurückgekehrt, zwei Faschisten erschossen hatte.

Rumänischer Kommunistenprozeß.

Bukarest, 18. Oktober.

Der große Prozeß gegen eine kommunistische Geheimorganisa-
tion vor dem Kriegsgericht in Klausenburg endete mit der Frei-
sprechung von 13 Angeklagten, darunter des Journalisten Viktor
Kradl, 23 Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 15 Tagen bis
zu 8 Jahren. Dreizehn Verurteilungen erfolgten in contumacia.

Kreistagen und Provinziallandtagen zugute kommen, eine Wirkung, die aus staatspolitischen Gründen durchaus erwünscht ist.

Aber wenn der kommunale Großwahntag für dieses Jahr nicht zu erreichen war — die Zusammenlegung der kommunalen Wahlen mit den Wahlen zum Reichstag und Landtag muß nach den praktischen Erfahrungen abgelehnt werden —, was es dann richtig, die Lebensdauer der Gemeindervertretungen künstlich zu verlängern? Jeder kommunale Praktiker wird diese Frage verneinen. Wir kommunalen Praktiker sehnen uns danach, mit Gemeindervertretungen zu arbeiten, deren Zusammenlegung dem heutigen Willen der Beamtenschaft entspricht. Wir sehnen uns nach produktiver, nach fruchtbarer Arbeit, die heute ungenügend ist, wenn nicht völlig unmöglich ist. Der kommunale Großwahntag, der auch für 1929 nach dem Beschluß des Preussischen Landtages nicht einmal sichergestellt erscheint, ist gewiß ein wichtiges, erstrebenswertes Ziel, aber man hätte dieses Ziel lieber auf einige Jahre hinausstellen sollen, als daß man eingewilligt hätte, die längst fälligen Gemeinderwahlen ein Jahr hinauszuschieben.

An der Sache selbst ist, so schmerzlich es erscheint, nichts zu ändern. Hoffentlich gelingt es nun, für 1929 den kommunalen Großwahntag durchzuführen, für den sich die Partei der kommunalen Arbeit und des gesunden Fortschritts, der motorische Antrieb aller vernünftigen kommunalen Geschehens, die Sozialdemokratie, schon heute rufen muß.

Wie sie strampeln!

Die Ausreden der Besiegten.

Das kommunistische Abendblatt in Berlin gibt die „Bilanz des Volksbegehrens“. Zu Bilanzen gehören Zahlen — aber Zahlen sucht man in dieser Bilanz vergebens, dafür um so mehr Worte. Die Geschlagenen des kommunistischen Volksbegehrens ahnen, daß man „über die Ursachen des Scheiterns des Volksbegehrens sicherlich eingehend diskutieren wird“. Sicherlich wird man, und am eingehendsten in Moskau!

Das kommunistische Abendblatt ist in bleicher Furcht vor dieser Diffusion auf einen genialen Gedanken gekommen, der seine Auftraggeber in Moskau entwarf: die Kommunisten haben gesiegt, auf der Strecke ist geblieben — die Verfassung von Weimar. Da dies der schlaueste Witz jedes echten Bolschewisten ist, haben eigentlich die Organisationen der Volksbegehrensleute den Orden der „Roten Fahne“ verdient. Also liest man:

„Das Entscheidende aber liegt darin, daß breite Massen deshalb nicht eintrugen, weil sie von einer tiefen Abneigung gegen das Volksentscheidungsverfahren befeuert sind. Wenn irgend etwas vernichtend geschlagen wurde in dieser politischen Aktion, so war es die Weimarer Verfassung mit ihrem Volksentscheid.“

Uns scheint aber, daß breite Massen von einer tiefen Abneigung gegen die Kommunisten befeuert sind! Im übrigen: beim Fürstenvolksbegehren, das von der Sozialdemokratie geführt wurde, 12,5 Millionen Eintragungen! Die vor Verweigerung strampelnden Kommunisten haben bei ihrer genialen Erfindung leider die Pointe vergessen: da es eine Niederlage der Weimarer Verfassung ist, wenn die Massen sich von den Kommunisten abwenden, so würde also ein großer Wahlerfolg der Kommunisten — ein glänzender Sieg der Weimarer Verfassung sein, nicht wahr?

Das Ergebnis in der Pfalz.

Ludwigshafen, 18. Oktober.

Nach den vorliegenden Meldungen der kreisunmittelbaren Städte und Bezirksämter sind in der Pfalz bisher 6602 Personen zum Volksbegehren eingetragen worden. Das zum Zustandekommen des Volksbegehrens erforderliche Zehntel der Stimmberechtigten (59 024) ist also bei weitem nicht erreicht worden. Die Eintragungen machen nur 1,1 Proz. der Stimmberechtigten aus. Bei der letzten Reichstagswahl wurden für die kommunistische Partei 29 206 Stimmen in der Pfalz abgegeben.

Berhandlungspause mit Polen.

Schwierigkeiten bei den Handelsvertragsverhandlungen.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen haben jetzt eine neue Unterbrechung erfahren. Der Leiter der deutschen Delegation, Dr. Hermes, ist nach Berlin zurückgekehrt und hat gestern dem Reichskabinett Bericht erstattet.

Künftig wird hierzu mitgeteilt, daß nach dem Bericht von Dr. Hermes zunächst eine Verhandlungspause eintritt, welche durch die polnische Erklärung veranlaßt ist, daß die Arbeiten der einzelnen Kommissionen zurzeit gegenstandslos seien. Da trotz deutschen Entgegenkommens von polnischer Seite, namentlich in der Zolltarifkommission, keinerlei nennenswerte Zugeständnisse gemacht worden sind, ist der polnischen Erklärung Rechnung getragen worden. Daher kehren auch die Mitglieder der bis jetzt in Warschau tagenden deutschen Verhandlungskommission nach Berlin zurück.

Der Grund zu der Unterbrechung der Verhandlungen ist darin zu suchen, daß es der deutschen Delegation nicht möglich war, zu erfahren, was die Polen eigentlich wollen und zu welchen Zugeständnissen in der Einfuhr industrieller Produkte sie sich bereit erklären können. Ein Ausgleich der beiderseitigen Interessen läßt sich nur dann finden, wenn auch Polen endlich Klarheit über die Punkte gibt, in denen es bereit ist, Zugeständnisse zu machen.

Reaktion in Ostland, und nicht in Litauen, sollte die Überschrift zu der Rigauer Meldung in unserer Mittwoch-Ausgabe lauten. Die Reaktion in Litauen ist keine neue Erscheinung, da sie seit dem Bolschewiken-Busch im Dezember 1926 ununterbrochen herrscht. Die Reaktion in Lettland dagegen wütet unter Führung der Regierung Jurafschewski Morgenthauf, seitdem die Neuwahlen infolge der Spaltung der Arbeiterschaft einen Rück nach rechts gemacht haben.

Der Reichsrat hielt am Donnerstagabend unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Zweigert eine öffentliche Sitzung ab. Unter den dem Reichsrat zugegangenen Vorlagen befindet sich ein Gesetzentwurf zur Ausführung der Empfehlungen der Weimarer Konvention. Im allgemeinen standen nur kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Das Schandliteraturgesetz. Auf Grund der bisher ergangenen Entscheidungen der durch das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schand- und Schmutzschriften geschaffenen Oberprüfstelle in Leipzig stehen heute 34 Schandschriften auf der Verbotsliste.

De Brodère zerpflückt die Wehrevorlage.

Ein Geständnis des Ministerpräsidenten Jaspar.

Brüssel, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Senat hat die Behandlung der Wehrevorlage begonnen. Den Höhepunkt der Debatte bildete eine von tiefer Sachkenntnis durchdrungene mehrstündige Rede de Brodères, des früheren Vorsitzenden der Senats-Militärkommission, worin er die Wehrevorlage der Regierung erbarmungslos zerpflückte und ihre inneren Widersprüche und ihren eckeligen Geist nachwies. Sie steht vor allem in Widerspruch zu dem Geist der Abrüstung und des Friedens, der in Genf herrschen sollte. Sie sei vielmehr ein Schritt zur Aufrüstung, die zum Wettstreit und schließlich zur Katastrophe führen muß. De Brodère wandte sich gegen die im Wehrentwurf zum Ausdruck kommende Tendenz zum Berufsheer, das namentlich für die Verteidigung Belgiens ungeeignet sei. Die Sozialisten fordern vielmehr die Miliz, weil sie das beste mittlere Verteidigungsmittel darstelle und andererseits zum plötzlichen Angriff auf ein Nachbarland nicht geeignet sei. Das schlimmste ist, daß Belgien wie die anderen Länder sich freiwillig zur Abrüstung verpflichtet habe, diese Vorlage aber das Gegenteil tue.

Wenn man uns sagt, daß die großen Mächte mit der Abrüstung beginnen müssen, so antworte ich, daß die Abrüstung in allererster Linie im Interesse der kleinen Staaten liegt und daß diese deshalb auch begreifen können. Sie würden damit eine günstige Atmosphäre schaffen und dem Frieden einen großen Dienst leisten.

Die Rede de Brodères machte einen außerordentlich tiefen Eindruck auch auf die Regierungsmehrheit. Ministerpräsident Jaspar war höchlich verlegen und hielt es für notwendig, sofort zu antworten. Seine Antwort fiel aber überaus flüchtig aus. Dabei entkoppelte ihm ein sehr wichtiges Geständnis. Er sagte, die Argumente de Brodères wären vielleicht richtig, wenn Belgien allein handle, man dürfe aber nicht vergessen, daß mit Teile eines Systems, einer Organisation ausmachen. Deshalb ist bisher aus offiziellem Munde nicht ausgesprochen worden, daß die belgische Heeresreform eine Folge militärischer Abmachungen mit Frankreich ist. Die sozialistischen Reden werden nicht verärgern, im weiteren Verlauf der Debatte dieses Geständnis gebührend zu unterstreichen.

Der Kattowitzer Prozeß.

Auf Grund eines einzigen Buchstabens verurteilt.

Beuthen, 18. Oktober.

Schwarz Duda, Vorsitzungsmitglied des Deutschen Volksbundes für Pommern-Oberschlesien, ist gestern vom Kattowitzer Bezirksgericht wegen angeblichen Betrugs militärischer Geheimnisse zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Schon 1926 hatte dieses Gericht ein solches Urteil gegen Duda gefällt. Die Revisionsinstanz hat das Urteil kassiert und den Prozeß zurückverwiesen. Duda wird vorgeworfen, er habe einen Brief mit gewissen Nachrichten über militärische Verjegungen usw. mit einem kurzen Anschreiben, unterzeichnet mit dem Anfangsbuchstaben „D“, dem Deutschen Generalkonsulat überreicht. Der Brief war vom 10. Oktober 1925 datiert. Angeblich soll er kurz nach dem 10. Oktober zum Konsulat gebracht worden sein. Dort habe ihn, so sagte der polnische Polizeioffizier und Späher Bielawski zugehendlich aus, der Chauffeur Primus in Empfang genommen und habe ihn vor der Abgabe an den Generalkonsul dem Bielawski zum Photographieren gebracht. Aus dieser Quelle stammen die Photographie, die der Anklage zugrunde liegt. Auch diesmal hat das Gericht, das diesen politischen Prozeß genau so wie den vor wenigen Tagen zu Ende geführten sogenannten Volksbundesprozeß gegen Fr. Ernst und Genossen, unter allen Umständen aus politischen Gründen mit einer Verurteilung der Deutschen enden lassen wollte, es sich nicht leicht gemacht.

Es hat zunächst die Zeugenaussage des Bielawski, der neuerdings als minderwertig angesehen und daher degradiert worden ist, erst genommen. Es hat daher auch den Entlastungsantrag der Verteidigung, 12 Zeugnisaussagen gegen Bielawski zu laden, schamlos abgelehnt, ebenso den Antrag zur Kennzeichnung der Persönlichkeit des Bielawski die Militärparolenlisten über dessen Degradierung vorlegen zu lassen. Es steht fest, daß Bielawski nicht die Wahrheit gesagt haben kann.

Der von den polnischen Späheren bestochene Chauffeur Primus, der später nach Brasilien entkommen konnte, ist von der Deutschen Gesandtschaft in Rio de Janeiro am 25. September 1926 protokolllarisch vernommen worden. Er hat dabei

an Eidesstatt versichert, daß die Aussage Bielawskis unmöglich sei. Sie muß es aber auch sein. Primus konnte nämlich in diesen

Lagen überhaupt nicht in der Lage sein, einen im Deutschen Generalkonsulat abgegebenen Brief entgegenzunehmen, da er in diesen Wochen in Königshütte im Untersuchungsgefängnis saß. Bei einem Versuch, mit dem Auto des Generalkonsulats in der Nacht zum 2. Oktober mit Schmuggelware die Grenze zu überschreiten, war er verhaftet worden und saß dann bis zum 24. Oktober ununterbrochen im Gerichtsgefängnis. Das Kündigungs schreiben an ihn wegen seiner Schmutzhandlung mußte ihm dann auch ins Gefängnis zugesandt werden: Beweise Justizurkunde. Auch ist der Beschluß über die Haftentlassung vom 24. Oktober vorhanden. Diese Tatsachen haben aber das Gericht nicht gehindert, seinen Spruch zu kommen. Das Gericht hat Schwarz Duda ge wittermaßen

auf Grund eines einzigen Buchstabens verurteilt.

Es hat nämlich sich Gutachten einiger Schreibsachverständiger eingeholt, die behaupteten, dieser eine Buchstabe „D“ müsse von der Hand Dudas stammen. Das Gericht hat den Antrag der Verteidigung, noch einen anderen Schreibsachverständigen zu laden, abgelehnt und ebenso den Antrag, ein schriftliches Gutachten eines Pariser Graphologen einzufordern. Ferner ist es über das erstattete Gutachten eines der vom Gericht bestellten Sachverständigen hinweggegangen, der erklärt hatte, er könne die Identität der Schrift unmöglich auf Grund eines einzigen Buchstabens beurteilen.

Von der früheren Stenotypistin Marija Damas, die Bielawski für seine Zwecke zu gewinnen gesucht hatte, liegt eine ausführliche protokolllarische Aussage vor dem Polizeipräsidenten in Gleiwitz vom 28. November 1926 vor. In dieser Aussage enthüllt sie, in welcher Weise sie von Bielawski gewonnen und zur Auslieferung von Schriftstücken aus dem deutschen Generalkonsulat bestimmt worden ist. Diese Schriftstücke spielen freilich nicht bei dem Duda-Prozeß eine Rolle, wohl aber bei dem vorhergegangenen Volksbundesprozeß.

Bielawski hat die Damas seitherzeit auch mit Zichon zusammengebracht, der damals die polnische Spionage in Kattowitz leitete und heute in gleicher Funktion in Danzig tätig ist. Die beiden werden vom Gericht unerachtet ihrer schimpflichen Spionage-tätigkeit als vollwertige Zeugen und militärische Sachverständige verwendet!

Hugenbergs Kampf um die Macht.

Deutschnationale Parteiautungen.

Am Donnerstag fand in Berlin eine Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion statt. Die deutschnationale Partei befindet sich seit dem Fall Lammach in einer schweren Krise, von der sie sich noch immer nicht erholt hat. Hugenberg kämpft jetzt um die Macht. Von den 45 Landesverbänden der Deutschnationalen Volkspartei stehen 17 geschlossen zu ihm. Wie der „Jugenddeutsche“ versichert, soll Graf Westarp endgültig die Führung verlieren. Auch der Gedanke eines Dreimännerdirektoriums sei gefallen, so daß eine klare Entscheidung zwischen Westarp und Hugenberg erfolgen werde.

Die Parteiverträttertagung der Deutschnationalen Volkspartei findet am Sonntag statt.

Aus den Parlamenten.

Dem Reichstag ist jetzt der Vergleich und Schiedsgerichtsvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Beschlußfassung zugegangen. Er entspricht in seinen Grundzügen den zwischen Deutschland und anderen europäischen Mächten bereits bestehenden Schiedsgerichts- und Vergleichsverträgen.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag zur Änderung des Reichsgesetzes über die Presse eingebracht. In das

Vor fünfzig Jahren.

Der Reichstag nimmt das Schandgesetz an.

19. Oktober 1878.

Um 2 Uhr versammelte sich der Reichstag, um die Gesamtentscheidung über das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie anzunehmen. Die namentliche Abstimmung ging rasch vor sich. Das Gesetz wurde mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen.

In einer Schlussansprache erklärte der Reichskanzler, daß die verbündeten Regierungen befehdigt seien. Sollten die Erfahrungen lehren, daß dies Gesetz nicht ausreichend sei, so würden die verbündeten Regierungen die Unterstützung des Reichstags nochmals erbitten. Die Regierungen schöpften aus den letzten Verhandlungen die Zuversicht, daß ihnen auch später die Hilfe des Reichstags bei der Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht fehlen werde.

Gezoll soll folgende Bestimmung aufgenommen werden: „Als verantwortliche Redakteure periodischer Druckschriften dürfen nicht Personen bezeichnet werden, die dem Reichstag oder einem Landtag angehören.“ Ähnliche Anträge haben auch dem früheren Reichstag bereits vorgelegen; infolge der Auflösung kam es aber nicht mehr zu einer Beschlußfassung.

Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf über die Berechtigung von Staatsmilitär zur vorläufigen Förderung von Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge zugegangen. Dem Staatsministerium soll für diese Zwecke ein Betrag von 75 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Der gleiche Gesetzentwurf war bereits dem früheren Landtag vorgelegt, konnte aber wegen der Auflösung nicht mehr verabschiedet werden.

Soziale Reformen.

Die Pläne des Reichsarbeitsministeriums.

Mit wichtigen sozialpolitischen Vorarbeiten ist das Reichsarbeitsministerium beschäftigt. Aus der reichen Fülle vorbereiteter grundlegender Reformen sei der Entwurf eines Bergarbeitergesetzes hervorgehoben, der insbesondere die erhöhte Unfallgefahr berücksichtigt. Die Seemannsordnung vom 2. Juni 1902 wird gründlich umgestaltet. In einem Gesamtvertragsgesetz werden Tarifvertragsrecht und Betriebsvertragsrecht enthalten sein. Auch an einem allgemeinen Arbeitsvertragsgesetz wird gearbeitet. Eine Denkschrift über die Einbeziehung weiterer Kreise in die Unfallversicherung ist in Vorbereitung. Ferner wird geprüft, ob und inwieweit die Versorgung Hinterbliebener verbessert werden kann, nachdem die letzte Novelle die Beschäftigtenfürsorge ausgestaltet hat. Endlich wird die Schaffung eines Rechtsanspruches für die Hinterbliebenen auf Heilbehandlung erörtern.

Der Reichsarbeitsminister hat, wie in jedem Jahr, auch vor Beginn dieses Winters die Reichsreferats und die Regierungen der Länder gebeten, ihnen in diesem Haushaltsjahre noch zur Verfügung stehende Mittel möglichst bald herauszugeben, damit die Betriebe in den Wintermonaten, in denen erfahrungsgemäß die Beschäftigung in vielen Industriezweigen nachläßt, durch die öffentlichen Aufträge nach Möglichkeit einen Ausgleich erhalten.

Lord Birkenhead ist als Staatssekretär für Indien zurückgetreten, um endgültig von dem politischen Leben zu scheiden und in das friedliche Leben einzutreten. Nachfolger Birkenheads wird Lord Peel, früherer Minister für öffentliche Arbeiten, an dessen Stelle Lord Londonberry tritt.

Widersprüche im Pramanerprozeß.

Die Kriminalkommissare sagen aus. — Eine erregte Verhandlung.

Am Laufe der geizigen Verhandlung wurden die Kriminalkommissare vernommen, die die Untersuchung des Falles Husmann seinerzeit geleitet haben. Es entspann sich bei der Vernehmung des Kommissars Klingelmüller zwischen diesem und dem Angeklagten eine Debatte über das Thema, ob der Ermordete Daube Grund zum Selbstmord gehabt hätte. Nach Auffindung der Leiche habe sich Husmann plötzlich bei der Vernehmung hingeworfen, den Kopf auf die Arme sinken lassen und geschrien: Ich bin schuldig. Auf weitere Fragen erklärte er dann, weil er den Helmut Daube allein nach Hause habe gehen lassen, Husmann habe damals sehr übermüdet ausgesehen.

Der Zeuge Schilbert weiter die Hausdurchsuchungen, die er in der Wohnung Husmanns vorgenommen hat. Der blaue Anzug des Angeklagten, den dieser in der Wornacht getragen hatte, sei ordnungsgemäß aufgehängt worden. Das Bett im Zimmer habe keinen sehr benutzten Eindruck gemacht. Auf dem Mantel Husmanns habe er einen Blutfleck entdeckt. Bei einer nachmaligen Hausdurchsuchung habe er vergeblich nach dem Taschentuch gesucht, das Husmann in der Wornacht benutzt hatte. Husmann habe es nicht finden können. Der Angeklagte erklärt, daß er das Taschentuch neben das Bett auf die Matratze am Nachtschloß gelegt und, als Klingelmüller danach suchte, nicht daran gedacht hätte. Es sei später gefunden worden. Der Zeuge erklärt weiter, daß er in Husmanns Schlafzimmer die Aktentasche gefunden habe, in der das leere Messerfutteral stecke. Auf seine Frage, wo denn das Messer geblieben sei, habe sich Husmann vor dem Schreibtisch geküßt und ihm an Hand von Notizen gezeigt, daß in der Nacht vom 19. zum 20. März, zwei Tage vor dem Mord, Diebesalarm in dem Hause seiner Blutschwester gewesen und er mit dem offenen Messer in der Hand in den Garten gegangen sei und es dort vermutlich verloren habe. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er in seinem Kalender am 20. März geschrieben habe:

„Helmut ermordet!“

Darüber sei sonderbarerweise eine grüne Ranke mit roten Punkten gezeichnet worden. Kriminalkommissar Klingelmüller befandete weiter, daß er den Angeklagten auch nach der Herkunft der Blutflecke am Mantel gefragt habe und Husmann weiter gefragt habe, ob er Rosenblüten gehabt hätte, um ihm ein Ausweichen in seiner Aussage nach dieser Richtung abzuschnitten. Husmann sei bei der ersten Hausdurchsuchung furchtbar aufgeregt gewesen, habe gestottert und sich auf einen Schrank stützen müssen. Bei der zweiten Hausdurchsuchung, als durch die ärztliche Untersuchung festgestellt worden war, daß an der Höhe und am Mantel Husmanns Menschenblut war, ist der Zeuge von der Schärfe des Angeklagten überzeugt gewesen. Husmann habe die Befragungsmomente in sehr auffälliger Weise zurückgewiesen, sei wütend aufgeprungen, habe den Bleistift hingeworfen und schließlich geschrien, er lasse sich überhaupt nicht mehr vernehmen.

Bertl: Sind Sie nicht Stundenlang vor dem Angeklagten auf und ab gegangen und haben ihm immer wieder vorgehalten: „So, Karlchen, jetzt wird gejubelt! Jetzt wird Helmut's Blut gesüht, Karlchen!“

Zeuge: Das bestreite ich. Das grenzt ja an Theater.

Bertl: Das war es auch.

Als bei diesen Worten aus dem Zuschauerraum Rufe: „Jawohl, Inmoh!“ erklingen, rügt der Vorsitzende diese Zwischenrufe.

Der Verteidiger macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß er dem Untersuchungsrichter in Gegenwart des Angeklagten Husmann zugestanden habe, Blut und Zeit überfahren ihn, und daß er den Angeklagten am nächsten Morgen nach der großen Vernehmung höhnisch gefragt habe, ob er gut geschlafen habe.

Als der Staatsanwalt erklärt, er finde bei dieser Frage nichts Besonderes, erwidert der Verteidiger in großer Erregung: Aber ich sehr viel, das ist die furchtbarste Verhöhnung eines Angeklagten.

Der nächste Zeuge, Kriminalkommissar Achenbach aus Gladbeck, hat am Morgen nach dem Mord mit Kommissar Klingelmüller Hausdurchsuchung bei Husmann gehalten. Auf die Frage

des Vorsitzenden, ob der Angeklagte bei der Frage nach dem Verbleib des Messers schwindlig geworden sei und nach einem Halt gesucht habe, erwidert Kommissar Achenbach, daß er das heute nicht mehr so bestimmt sagen könnte. Wenn in dem damaligen Protokoll stehe, daß Husmann hin- und hergetortelt sei, so könne er, Achenbach, eine solche Behauptung heute nicht mehr aufrecht erhalten. Der Zeuge kann sich nicht entsinnen, daß Klingelmüller den Angeklagten genau gefragt hat, ob er sein Taschentuch vorweisen könne. Auch einige weitere Befragungen Achenbachs stehen im Widerspruch zu den Aussagen Klingelmüllers.

Kriminalassistent Keelinghaus, der am Vormorgen Husmann im Daubehaus gesprochen hat, befundet, der Angeklagte habe ihn, ohne zu wissen, daß er einen Kriminalbeamten vor sich hatte, gefragt: Hat ein Frosch Blut? Als ein Zeuge erstaunt bejahte, sagte Husmann: Hinterweys habe ich einen Frosch zerissen. Daher kommt das Blut auf meine Schuhe. Der Zeuge erklärt weiter, daß Rektor Daube, als er erfuhr, daß die Leiche seines Sohnes furchtbar verstümmelt war, sofort zu ihm gefogt:

„Dann ist Karl der Täter!“

Der Zeuge Kriminalkommissar Baumann erklärt, Husmann sei bei seiner zweiten Vernehmung völlig ruhig gewesen, er sei allerdings bei der darauffolgenden Vernehmung ausfallend geworden, als man ihm gewisse Feststellungen vorgehalten habe.

Heute Fortsetzung der Zeugenvernehmung, darunter Richter des Angeklagten Husmann.

Verdorben und gestorben . . .

Feuertod eines unbekanntes Mannes.

In einer Schöpfung bei Karlsruh wurde am Mittwoch die stark verrostete Leiche eines noch unbekanntes Mannes entdeckt. Die Begleitumstände lassen darauf schließen, daß es sich um kein Verbrechen handelt. Wahrscheinlich ist hier ein bedauernswertes, heruntergekommener Mensch in seiner Hilflosigkeit einem jugendlichen Mädchen.

Eine zehn Minuten vom Gymnasium Karlsruh entfernt liegt an der Bahnstraße Friedrichsstraße-Straußberg eine etwa 10—15 Jahre alte Tannenschöpfung, die mit Brombeersträuchern durchsetzt ist. In dieser Schöpfung haben sich schon seit geraumer Zeit sogenannte „Pannbrüder“ angeheftet, die trotz der kühlen Witterung immer noch im Freien übernachten. An mehreren Stellen sind die Tannen zusammengewachsen, so daß sie ein netzförmiges Dach bilden. Die Zwischenräume sind mit Brombeersträuchern ausgefüllt und die eigentliche kugelförmige Lagerstätte ist mit Unkraut von den angrenzenden Wäldern bedeckt. In der Nähe der Höhle findet man allerlei Leberbleibsel, alte Jacken und alte Hüte und weggeworfene wertlose Dinge. Am Mittwoch nachmittag sah der Förster des Reviers auf seinem Rundgang aus der Schöpfung Rauch aufsteigen und ging auf die Stelle zu. Er fand einen kleinen Bodenbrand, der, dem Geruch nach zu urteilen, durch Spiritus verursacht worden sein mußte. Der Baum trat das kleine Feuer aus und suchte die Stelle weiter ab. Dabei fand er etwa 20 Schritte von der Höhle entfernt die stark angefallene Leiche eines Mannes am Boden liegen. Der Leiche hatte einen dreifachen Strich um den Hals geknotet, von dem die Flammen, ebenso wie von der Kleidung einen Teil vernichtet hatten. Die sofort benachrichtigte Kriminalpolizei nahm an Ort und Stelle die Ermittlungen zur Klärung auf. Nach allen Begleitumständen ist kaum anzunehmen, daß der Mann einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, da er ja nichts dabei, was einen Fremden hätte reizen können. Schon die Reste seiner Kleidung zeigen, wie dürftig es ihm ergangen ist. Sogar sich bisher feststellen ließ, hat der Mann, der etwa 25—30 Jahre alt sein mag, versucht, in der Höhle sich selbst mit dem Strich zu erwürgen. Als das nicht gelang, hat er vermutlich den Brennspritus entzündet und ist dabei aus Unvorsichtigkeit den Flammen zu nahe

gekommen. Mit brennenden Kleidern scheint er hinausgetaumelt und in der Schöpfung stehend zusammengebrochen zu sein. Die Ermittlungen, die noch fortgesetzt werden, werden voraussichtlich die einzelnen Umstände noch klären.

Weltrundfunk.

Errichtung eines Kurzwellensenders bei Berlin.

Die ständig wachsende Ausbreitung des Rundfunks in allen Kulturländern hatte lange den Wunsch reifen lassen, mit Hilfe der auf ihre Fernwirkung erprobten Kurzwellensender einen Rundfunkaustausch über Länder und Meere, einen Weltrundfunk ins Leben zu rufen. Die Deutsche Reichspost hat diesen Gedanken frühzeitig aufgegriffen und auf Grund erfolgreicher technischer Versuche vor mehreren Monaten einen Kurzwellenrundfunksender größerer Leistung in Auftrag gegeben. Aller Voraussicht nach kann mit der Inbetriebnahme dieses Senders, der in der Nähe des Deutschhagensenders bei Königswusterhausen errichtet wird, im Februar 1929 gerechnet werden.

Damit wird der Plan eines deutschen Weltrundfunks Wirklichkeit. Der dafür benötigte Kurzwellensender soll in den Dienst der internationalen Verständigung gestellt werden.

Betrogene Frauen.

Zwangsjahre Beurteilung eines Heiratschwindlers.

Das Subildam seiner zwangsjährigen Beurteilung wegen Heiratschwindels konnte der angebliche Privatdetektiv Ludwig Eiler aus Köln in Moabit feiern. Der jetzt 43jährige Angeklagte hat seit seinem 21. Lebensjahre bisher schon 15 Jahre Gefängnis verbüßt und stand jetzt wieder unter der Anklage des Heiratschwindels in drei Fällen vor dem Schöffengericht Mitte.

Die drei Anklagen zeigten den Angeklagten als einen ganz besonders gewissenlosen Gauner. In dem einen Falle hatte er sich unter der Waise eines wohlhabenden Gutbesizers einer älteren Witwe genähert und dieser nach der Verlobung die gesamten Ersparnisse und Schmuckstücke abgeschwindelt. Besonders traurig für das Opfer lag der zweite Fall. Er hatte sich als ein Architekt vorgestellt, der ein Haus in der Kurfürstendammstraße und eine Stiege im Wilmersdorfer Bezirk dem Rücken seiner Braut hatte er ihre dreizimmerige Wohnung verkauft und ihr auch die gesamten Ersparnisse entlockt, um dann zu verschwinden. Aus Verzweiflung hatte das verlassene Opfer ihrem Leben durch Gasvergiftung ein Ende zu machen versucht. Sie leidet noch heute unter den Folgen der Vergiftung. Schließlich hatte sich der Angeklagte in einem dritten Falle der Empfangsdame in einem katholischen Stütz als Schauspieler von Reinhardt vom Deutschen Theater angeboten. Um sein neues Opfer sicher zu machen, hatte er diese Braut Tag für Tag zur Kirche begleitet, bis er auch ihre Ersparnisse in die Finger bekam.

Das Gericht hielt eine Gefängnisstrafe für den unwerblichen hartgesottenen Verbrecher nicht mehr für genügend, sondern bemah, gewissermaßen als „Subildamsgefährt“, seine zwangsjährige Strafe auf vier Jahre Zuchthaus.

Fünf Gasopfer einer Familie.

Standalder Leichtsin in Stuttgart.

Auf tragische Weise kam in Stuttgart, Schöpfung 3, eine fünfköpfige Familie ums Leben. Dort war gestern eine Familie neu eingezogen, auf deren Bitte der Nachbargescheide an die Leitung angeschlossen wurde. Diese Installation erfolgte anstatt mit einem vorschriftsmäßigen Verbindungsstück mit einem gewöhnlichen Stutzen, über den der Gasfluß gezogen wurde. Das Gummiband des Schlauchs wurde dabei eingerissen, so daß durch den starken Gasdruck schließlich der Schlauch weggedrückt wurde und das Gas ungehindert ausströmen konnte. Durch das Gas wurden die im darüberliegenden Stockwerk schlafenden fünf Personen getötet. Die lange Zeit unter ärztlicher Beilung vorgenommenen Wiederbelebungsversuche blieben bei allen ohne Erfolg.

Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Bring.

Copyright 1927 by J. M. Spangh Verlag, Berlin.

Gemach, Suhren, du — ein Adler? Du hast im Käfig und stellst dich krank, um deinem Herrn und Beiniger den Glauben beizubringen, er habe sich in dir geirrt, und du seist gar kein vollwertiges Exemplar. Daneben hoffst du, er werde dich in seinen Hühnerhof steden! Du hast, wenn diese Täuschung dir gelungen ist, Absicht, dich für Jahre mit dem zahmen Federvieh auf du und du zu stellen und mit ihm um das Körnerfutter der Herren zu zanken. — Suhren, du bist kein Adler.

So sage ich zu mir und beschlehe, kein Adler, sondern eine Henne zu sein. Als ob sich ein Adler kurzerhand in eine Henne verwandeln könnte!

Also wärest du dennoch ein Adler? — Ein Adler, Suhren, verleugnet sich nicht. Er bricht aus oder — stirbt.

Nein, kein Adler, fort mit der Ueberhebung! Ich denke mir: ich bin vielleicht ein Rebhuhn, das einst in den grasigen Wiesen lebte. Da ich im Käfig nicht sterben will, werde ich freiwillig zum Haushuhn.

Das sind meine Gedanken beim Stubefegen.

Um neun Uhr kommt der Unteroffizier vom Dienst und führt die Kranken ins Revier. Da gibt es vielleicht ein Duzend solcher Gesellen wie ich. Sie sehen klapprig aus oder bemühen sich so auszusehen. Es sind aber auch wirkliche Kranke da, diesen geschieht durch uns großes Unrecht, denn sie werden vom Arzt mit den Simulanten über einen Kamm geschoren. Die Behandlung ist kurz und unfertimental. Der Arzt, ein kleiner scheinender Jude, gibt jedem einen oder ein paar Tage Schonung oder Innendienst. Diejenigen, welche Schonung bekommen haben, bleiben im Revier und bringen die langen Tage mit Kartenspielen und Quasiflex hin; wenn der Arzt erscheint, liegen sie auf ihren Betten ausgestreckt und scheinen dem Tode nahe. Der kleine Jude hat volles Verständnis für sie und kennt seine Pappenheimer. Er hat sich im Laufe der Zeit ein kleines prächtiges Häckeln angewöhnt und eine Handbewegung, das Ausgeben von Brom, Tod und Nitrus zu veranlassen, als verschenke er gekaufte Papierkugeln.

Ich bekomme Brom zu schlucken und einen Tag Innendienst. Am Nachmittag schick man uns zur Wäscherei. In

der Stadt treffe ich meinen Freund Peter in einem Bierlokal und sehe mich niedergeschlagen zu ihm. In diesem Augenblick bin ich wirklich krank, lehne eine Zigarre ab. Peter hat nach seiner Gewohnheit viel getrunken. Nachdem er auch für mich Bier bestellt hat, fragt er:

„Und was macht der Herzfehler?“

„Er macht sich.“

„Hat das Herz schon Fahrt bekommen?“

„Heute morgen ging es hart, man hat mir Brom gegeben.“

„Du wirst nicht mehr ins Feld kommen, sie nehmen eben Verdun, das Hauptort ist gestern gestürmt worden.“

Er zeigt mir die Zeitung, aber mir wird nicht besser davon.

Wir sprechen noch dies und das. Mir ist, als sehe mich der Kellner misbilligend an wegen meiner etwas fettigen Uniform — aber ich bilde es mir möglicherweise nur ein. Nach einer halben Stunde empfangt ich von Peter ein Duzend Pulver, jedes äußerlich in weißes Papier gewickelt, und gehe, die Handtücher abzuholen.

Untermwegs denke ich:

Dieser Mensch ist ein Kästel, er ist immer heiter. Besonders aber, wenn er zu Hause hinter seinem Besenputz steht. Manchmal blickt er zu einer Steinzeichnung auf, sie ist von Liebermann und ein Portrait des Philosophen Cohen, und wiederum ist sein Gesicht heiter. Er liest Cohens wunderwolle Bücher und wendet Blatt um Blatt mit zitterigen Fingern um, während seine lange Pfeife zischt. Morgens geht er Portwein trinken, nachmittags Bier, abends Grog. In der Frühe beim Barbier scheint es ihm, als hämmere sein Herz gegen die Spiegelfläche, in der sein Gesicht ver-schwindet.

Ich beneide Peter um sein krankes Herz. Er hat es nicht nötig, Pulverchen zu nehmen. Er kann nie Soldat sein.

Aber auch für ihn ist es gut, ein krankes Herz zu haben. Nicht daß er Furcht hätte, vorm Feinde zu stehen. Im Gegenteil, er spricht vom Kriege als von etwas Interessantem. Das ist nicht Großtuererei. Für Peter gibt es keine Großtuererei, denn er kennt weder groß noch klein.

Zweifellos ist es gut für ihn, ein krankes Herz zu haben; denn er würde „Luchführung“ und „Richtung“ und „Sergeant“ dazu heiter auffassen. Und das, was darauf folgt, möchte ich ihm nicht. Ich möchte ihm gar nichts, denn er braucht nichts — außer Portwein, Bier und Grog, und das kann er meistens bezapfen.

Ich will mich kurz fassen, es ist zu widerlich. Nachdem ich mehrmals Innendienst und einmal Schonung gehabt hatte, beschloß ich, den Hauptschlag zu tun. Es schien mir, daß gleich Verdun die kleine jüdische Festung ins Wanken gekommen sei.

An dem mit Peter verabredeten Tage hatte ich Abendsurlaub genommen und traf meinen Freund im Café Logemann. Ich hatte mich fein gemacht, Feldgrau angezogen und meine Extramühle aufgesetzt. Bei Logemann war Grobbetrieb. Die Wirtsfrau strickte im Hintergrunde an einem Strumpf, nahm aber eifrig an dem Gespräch teil, das Peter mit zwei Feldwebern führte, die prächtig und gutgelaunt mit ihm am Tische saßen. Sonst war das Café leer.

Man schien bereits tüchtig geladen zu haben, die beiden Borgesehten nahmen mich wie ihresgleichen auf, und Peter sagte lichernd:

„Ein Soldat, wie er im Buche steht, meine Herren.“

Der eine Feldwebel warf die ganze Zeit einen Achenbecher, der einen halbierten und ausgehöhlten Apfel darstellte, sehr geschickt von der einen Hand in die andere. Der zweite versuchte Peter zu überzeugen, daß die älteren Damen ihre Töchter sehr sorgfältig hüten müßten. Wenn er sagte: „Die einen Augapfel —“, sah er immer seitwärts auf Frau Logemann, worauf diese entgegnete:

„Die Herren Feldwebels sind wie die Kinder heute.“

Peter tat mir Pulver in den Weißwein und sagte:

„Damit er noch weißer wird.“

Er tat mir auch welches in den Rotwein, den wir später tranken, und sagte:

„Damit er noch roter wird.“

Der erste Feldwebel (ich sah es nur noch undeutlich) hielt mit seinem Gangspiel inne und fragte besorgt: „Du drat mit einer 'n Storch — ist das logisch, was Sie sagen?“

Peter erwiderte: „Relativ — ja. Absolut — nein.“

„Da haben Sie recht, wenn Sie sagen, daß er seine Farbe nicht verändert. Er ist und bleibt eben Rotwein. Dar das nicht Ihre Meinung?“

„Nun, eben nicht ganz,“ antwortete Peter sehr höflich. Aber des zweiten Feldwebels Weinerliche Stimme sang: „Erst rot wie Blut, dann weiß wie Ebenholz — so sind die meisten Wäcker der meisten Töchter!“

Danach goß Peter mir Bohnenkaffee, den Frau Logemann für den „Patienten“ hereinbringen mußte, ins Bier, welches Gedräu ich bis zur Reize austrank. Dann aber weiß ich nicht mehr viel, was geschehen ist.

(Fortsetzung folgt)

Eine Lehrlingstragödie.

Ein junges Leben durch rohe Hand vernichtet.

Nicht selten sind die Fälle, die von Lehrlingstragödien Kenntnis geben. Doch allemal erfährt die Öffentlichkeit nur von den schlimmsten Vorkommnissen dieser Art. Obreigen und sonstige Schikanen werden oft still von den Lehrlingen erduldet.

In Pirna (Sachsen) hat sich kürzlich ein solches Vorkommnis ereignet. Der Lehrling Walter Hübl, 15 Jahre alt, war beim Schlossermeister Volke in Pirna-Copitz beschäftigt. Der Junge hatte taussches Del verwendet, weswegen eine Auseinandersetzung zwischen Meister und Lehrling erfolgte. Hierbei warf der wütende Meister dem Lehrling eine Decke an den Kopf, die zwei Zentimeter tief im Kopfe stecken blieb. Der Lehrling brach sofort bewusstlos zusammen und erst nach etwa zwei Stunden benachrichtigte man den Arzt, der sofortige Unterbringung im Krankenhaus anordnete. Dort lag nun der Lehrling noch einige Tage bewusstlos, die rechte Seite ist vollständig gelähmt und außerdem hatte er die Sprache verloren. Nach Aussagen der Ärzte wäre der Junge nie wieder normal geworden, er hätte zeitweilig in einer Siedenanstalt untergebracht werden müssen. Der Junge ist gestorben, er wurde unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung Pirnas beerdigt.

Der schlagmütige Meister — er beschäftigte überdies vier Lehrlinge und keinen einzigen Gehilfen — ist verhaftet worden. Der Lehrling war ein Waisenkind, er hatte nur noch die Pflegemutter. Frühzeitig verlor er seine Eltern, die Pflegemutter ließ ihn ein Handwerk lernen, um schließlich selbst an ihm eine Stütze zu haben. Nun ist es aus. Ein junges, frisches Menschenleben wurde durch rohe Hand vernichtet.

Dauergärten oder Friedhöfe. Die Kleingärtner protestieren.

Der Verband der Kleingartenvereine kämpft seit Jahren für die Forderung, bestimmte Gebiete Berlins als Dauerkleingartengelände zu bestimmen. In einzelnen Bezirken ist es bereits gelungen, solche Dauerkolonien zu schaffen. Der Kleingärtner muß immer damit rechnen, daß eines Tages das von ihm bewohnte Land bebaut wird. Jahrelange Mühe und Fleiß sind dann umsonst gewesen, der Kleingärtner muß von seinem Land und kann an anderer Stelle wieder von vorn anfangen. Durch die Schaffung von Dauerkleingartengeländen soll dem Städter die Möglichkeit gegeben werden, seinen Kleingarten zu haben, ohne daß er verdrängt werden kann. Daher muß der Magistrat dieses Gebiet vor Verkauf oder Bebauung schützen. Die Kleingartenvereine des Bezirks Prenzlauer Berg und Friedrichshagen veranstalteten kürzlich in den Prachtgärten am Märchenbrunnen eine außerordentlich gut besuchte Protestkundgebung. Die sich gegen Pläne des Magistrats wandte, bestehendes Dauerkoloniegebiet im Bezirk Prenzlauer Berg an die jüdische Gemeinde zur Anlage eines Friedhofs abzugeben. In der Versammlung sprach der Provinzialvorsitzende der Kleingartenvereine, Genosse Reinhold. Er schilderte die Kämpfe um dieses Gebiet. Die Kleingärtner wehren sich mit Recht dagegen, daß die jüdische Gemeinde das Kleingartengelände in einen Friedhof verwandeln soll. Der Magistrat hat die Verpflichtung, nachdem er dieses Gelände zur Dauerkolonie erklärt hat, auch dafür zu sorgen, daß es seinem Zweck erhalten bleibt. In der Diskussion wurde scharf und eindeutig im Sinne des Referates gegen die Pläne der jüdischen Gemeinde Stellung genommen.

Flug mit automatischer Steuerung.

Die Ozeanflieger Köhl, Hymaurice und Chamberlin haben einen interessanten Versuchsflug mit einer der Severa gehörenden Junters-Maschine W 33 unternommen, in die man eine neue automatische Steuerung nach dem System Boykow eingebaut hatte, und zwar zunächst für das Höhensteuer und für die Verbindung. Nachdem das Flugzeug mit Köhl an Steuer in Tempelhof gestartet war, wobei Höhensteuer und Klappen wie bisher bedient wurden, wurde in einigen 100 Meter Höhe die automatische Steuerung eingeschaltet. Köhl ließ den „Knüppel“ mit dem Steuertrah für die Verbindung los und befehl nur die Füße an den Pedalen für das Seitensteuer, das bei diesem Flug noch nicht automatisch bedient wurde. Während des ganzen Fluges, der nach Dessau zum Besuch der Junters-Werke führte, wurden Höhensteuer und Verbindung bis zu dem Augenblick, da man zur Landung ansah, nicht wieder angerührt. Die automatische Steuerung hielt die Maschine von selbst in derselben Höhe und fing alle Böden genau so sorgfältig ab, als wenn der Pilot selbst die Steuerorgane betätigt hätte. Die drei Ozeanflieger äußerten sich nach Beendigung des Fluges in begeistertsten Worten über das sichere und zuverlässige Funktionieren des „automatischen Piloten“. In einigen Wochen sollen die Versuche auch mit einer automatischen Seitensteuerung aufgenommen werden, und zwar handelt es sich um einen kompassartigen Richtungsgeber, an dem der Pilot nach Durchführung des Startes den gewünschten Kurs einstellt und nun alles weitere, also auch die Betätigung des Seitensteuers, der automatische Steuerung überläßt. Auf diese Weise werden die Flugzeugführer auf ihren Streckenflügen wesentlich entlastet und können ihre Aufmerksamkeit, namentlich bei unsichigem Wetter, ganz auf die Navigation lenken.

Großtag im Elefantenhaus.

Berlins zugkräftigste Attraktion ist seit Wochen das Elefantenzoo im Zoo. Von morgens bis abends, ob Sonnenschein oder strömender Regen, pilgert alt und jung nach dem Elefantenhaus. Den Höhepunkt der Besucherzahl hatte der letzte Sonntag mit einer Ziffer von 60.000 Personen aufzuweisen, eine Zahl, die in den Annalen des Zoo wohl so ziemlich einzig dasteht.

Das Elefantenhaus Kalifa, die Freude und der Stolz von Berlin, bewohnt mit seiner Mutter Toni den Mitteltisch des Elefantenhauses, flankiert vom Elefantenvater und einigen Stammesbrüdern. Was hat man in den kurzen Tagen ihres Erdendallens mit Kalifa nicht schon alles angestellt? Von dem Augenblick an, als Kalifa uns mit ihrer Gegenwart beglückte, war sie der Gegenstand eifrigster Bewunderung und Huldigung. Und keiner ihrer Zeitgenossen kann sich rühmen, solchen Höchstgrad der Popularität erreicht zu haben. Freudig opfert ein jeder seinen Obulus, mit wahrer Engelsgeduld stellt man sich als Nr. 2596 in der „Schlange“ an, die sich langsam Schritt für Schritt, dem Anblick des Elefantenprügelns entgegenstellt. Diebenoßte Blicke, Ausrufe des Entzückens empfängt Kalifa ständig aus aller Augen und Runden. Da liegt sie, weich in Siroh gebettet, von der zärtlichen Mutter liebevoll behütet, und schläft ihren gesunden Kinderschlaf. Alles darzt freudig blickend auf ihr Erwachen, auf das sie ihr lieblich Antlitz zeigt. Der „Botschafter“ wird wiederum mit Fragen über das

Was kostet der Schüler den Staat?

Die Frage, wieviel Geld Preußen für jeden Schüler und Hochschüler auswendig, wird immer wieder gern gestellt. Ihre Beantwortung ist schwierig, weil statistisches Material nur mit vielen Vorbehalten veröffentlicht werden kann. Oberregierungsrat Dr. Benedikt von Preußens Kultusministerium gibt im Amtlichen Preussischen Schuljahrbericht 1927 auf diese Fragen unter Benutzung amtlichen Schuljahresmaterials. Wenn auch die Ergebnisse nur unter Vorbehalt zu verstehen sind, wie uns der Verleger überliebt, so kann es doch nicht um kleine Schwankungen handeln, die für nachfolgende Betrachtung keine Bedeutung haben.

Am 1. Mai 1927 wurden die öffentlichen preussischen Volksschulen von 2160 290 Knaben und 2101 100 Mädchen, zusammen von 4 261 390 Schülern besucht. Diese Kinder wurden von 83 444 Lehrern und 27 653 Lehrerinnen, zusammen also von 111 097 Lehrkräften unterrichtet. Einen Teil der Gehälter für die Lehrkräfte tragen die Gemeinden, ebenso wie einen beträchtlichen Teil der tatsächlichen Kosten der Schulunterhaltung. Wenn man also fragen würde, was die Allgemeinheit für jedes Schulfeld aufwendet, so müßte man die Kosten der Gemeinden mit hinzurechnen. Da aber nur die Ausgaben des Staates berücksichtigt werden sollen, beschränken wir uns darauf. Der preussische Staat zahlt nach dem Haushaltsplan für 1928 (die wirklichen Ausgaben für 1927 werden ungefähr den haushaltsmäßigen Ausgaben für 1928 entsprechen) für Lehrerbildungswesen fast 5 000 000 M., für die Schulaufsicht etwa 6 850 000 M., für die Volksschulen 435 900 000 M., für damit zusammenhängende Zwecke 1 440 000 M. Lehrerbildung und Schulaufsicht zusammen bei der Berechnung außer Betracht. Das preussische Lehrerbildungswesen nach der Reform ist erst im Entstehen begriffen. Die Einbeziehung der Kosten für Schulaufsicht gäbe ein falsches Bild, wenn man nur die Beträge berechnet, die vom Kultusministerium ausgeworfen werden; ein Teil der Mitglieder der Regierungsschulabteilungen ressortiert bei dem Minister des Innern. An einmaligen Ausgaben für Volksschulzwecke leistet der Staat 12 320 000 M., zusammen für Volksschulen unmittelbar 448 220 000 M. Jedes einzelne Volksschulkind kostet den Staat also etwa 105 M. jährlich. Rechnet man die unmittelbar der Volksschule dienenden Staatsaufwendungen hinzu, so erhöht sich der Betrag um 2—3 M.

Schwieriger wird das Beispiel bei den höheren Schulen. Von den 1190 öffentlichen höheren Schulen Preußens sind nur 341 staatlich, die übrigen sind städtisch, einige wenige kirchlich. Wir berücksichtigen nur die staatlichen höheren Schulen, die am 1. Mai 1928 von 104 438 Schülern und Schülerinnen besucht waren. Die unmittelbaren Staatszuschüsse für diese Schulen betragen nach dem Haushaltsplan für 1928 fast 46 513 000 M. Den höheren Schulen allgemeinen dienende Stellen kosten jährlich 202 000 M., die Schulaufsicht 2 541 200 M., die wissenschaftlichen Prüfungsämter 137 600 M. Die letzten drei Ausgaben dürften, da sie auch für die nichtstaatlichen höheren Schulen bestimmt sind, nur etwa zur Hälfte angerechnet werden. Danach gibt der Staat für seine höheren Schulen jährlich ungefähr 48 Millionen Mark, für jeden Schüler einer staatlichen höheren Schule also jährlich etwa 457 M. aus. Rechnet man, wie bei den Volksschulen, auch hier die Kosten der Schulaufsicht und die sonstigen

nur mittelbaren Staatszuschüsse für das höhere Schulwesen außer Betracht, so bleibt ein unmittelbarer Staatszuschuß für die staatlichen höheren Schulen von 46,5 Millionen oder von 445 M. für den einzelnen Schüler.

Die Universitäten und Technischen Hochschulen sind (abgesehen von den Universitäten in Köln und Frankfurt) Anstalten, deren Zustand ausschließlich vom Staat geleistet wird. Eine einfache rechnerische Umlegung des Staatszuschusses auf den einzelnen Studenten aber würde zu Fehlschlüssen führen aus zwei Gründen: Einmal sind die Universitäten und Technischen Hochschulen nur zu einem Teile befristet; sie dienen bekanntlich gleichzeitig der Forschung. Beweise kommen die Forschungen und ihre Ergebnisse mittelbar auch den Studenten oder sogar wir einem Teil der Studenten zugute. Aber man darf eigentlich nur unter diesem Vorbehalt die gesamten Staatsausgaben den Studenten zurechnen. Andererseits haben die Hochschulen teils Vermögen, teils sonstige eigene Einnahmen, die nur zum Teil für die unmittelbaren Lehr- und Ausbildungsaufwendungen verwendet werden. Wenn wir mit einem fahnenentschluß annehmen, daß diese beiden Fehlerquellen unserer Berechnung sich gegenseitig aufheben, so sieht unser Exempel so aus: In den preussischen Universitäten studierten im Wintersemester 1927/28 (außer an den Universitäten in Köln und Frankfurt) 28 251 Männer und 4957 Frauen, zusammen also 33 208 Studenten. Die Staatszuschüsse für diese Universitäten belaufen sich nach dem Haushaltsplan für 1928 im Ordinarium auf 48 414 750 Mark und im Extraordinarium auf 8 737 900 M., zusammen auf 57 152 650 M. jährlich. Das würde (mein statistisches Gewissen verlangt eine nothmögliche reservatio mentalis) auf den Kopf des Studenten einen Betrag von fast 1700 M. jährlich bedeuten. Für die Technischen Hochschulen ist das Berechnen ebenso schwierig wie für die Universitäten. Auch sie sind zugleich Forschungsanstalten, auch sie haben neben den Staatszuschüssen eigene Einnahmen. In den Technischen Hochschulen studierten im Wintersemester 1927/28 8363 Männer und 85 Frauen, zusammen also 8448 Studenten. Der Staat wendet nach dem Haushaltsplan für 1928 im ordentlichen Haushalt 11 162 800 M., am außerordentlichen Haushalt 4 668 500 M., zusammen über 15 830 000 M. auf. Bei fast 8500 Studenten kommt also auf den einzelnen Studenten ein Staatszuschuß von 1862 M. jährlich, etwas mehr als für den Universitätsstudenten.

Über 95 Proz. aller Schulkinder besuchen nur die Volksschulen, ein ganz geringer Prozentsatz der Jugend darf auf die Hochschulen gehen. Die Allgemeinheit, der Staat, trägt einen Großteil der Studienkosten. Daß die so bevorzugte Jugend ihre besonderen Pflichten der Allgemeinheit gegenüber hat, liegt auf der Hand.

*) Wie weit sich die akademische Jugend der Tatsache bewußt ist, daß sie dem schaffenden Volke, von dessen Steuern zum großen Teil die Ausgaben für das öffentliche Bildungswesen bestritten werden, die Möglichkeit des Studiums verdankt, haben die reaktionären Kundgebungen von zahlreichen Hochschulen bewiesen. Die Redaktion des „Vorwärts“.

Oeffentliche Werbeversammlungen

Morgen, Sonnabend, 20. Oktober:

Müggelheim. 20 Uhr im Lokal Tropens „Zur großen Krampfe“ in Müggelheim. Vortrag: Sozialdemokratie und Kommunalpolitik. Redner: Bezirksverordneter Totsdorf-Röpenitz.

Spanbau-Wilhelmsstadt. 20 Uhr im Lokal König. Pichelsdorfer Straße 38. Redner: Willy Schneider.

Männer und Frauen, erscheint recht zahlreich!

Kinders Tagesprogramm bestimmt und beginnt nachher, etwas umgehalten zu werden. So hat Berlin wieder einmal seine Senfaktion.

Benzinbehälter der „Latham“ gefunden.

Oslo, 18. Oktober.

Am Mittwochabend ist in Valderfjord der norwegische Motorschoner „Leif“ mit einem Benzinbehälter der „Latham“ an Bord eingetroffen. Der Behälter wurde am Sonnabend etwa auf der Höhe von Drontheim gefunden. Der Tank, auf dem der Name des Flugzeuges angegeben ist, und der 600 Liter Benzin faßt, enthielt noch etwa 30 Liter Benzin, wies jedoch keine Beulen und Schrammen auf. Auf der Aluminiumwand des Behälters fand man einige Bleistiftaufzeichnungen, die jedoch so stark verwischt sind, daß man sie bisher noch nicht entziffern konnte.

Die letzte Phase der „Italia“-Tragödie.

Oslo, 18. Oktober.

Der norwegische Flieger Kapitän Riser-Larsen ist jetzt aus Spitzbergen nach Oslo zurückgekehrt. Er erlitt unter anderem, daß kein Rettungsboot mehr für die Besatzung der „Italia“ noch am Leben zu finden. Die Besatzung sei entweder ertrunken oder durch Hunger oder Kälte umgekommen. In bezug auf die „Italia“-Expedition äußerte Riser-Larsen, daß man ihr trauriges Schicksal habe voraussehen müssen. Das Unternehmen sei ungenügend vorbereitet gewesen. Außerdem hätten zu viele Personen an dem Fluge teilgenommen.

Commander MacDonald überrätig?

London, 18. Oktober.

Von dem englischen Flieger, Commander MacDonald, der am Mittwoch nachmittag von Harbour Grace auf Newfoundland mit einem kleinen Motorflugzeug zu einem Flug über den Atlantik startete, fehlt bis zum späten Nachmittag jede Nachricht. Der Flieger war um etwa zwei Uhr nachmittags an der irischen Küste erwartet worden. Da sich keine drahtlose Anlage an Bord des Flugzeuges befindet und die Sicht verhältnismäßig wenig günstig ist, wird das Nichtentreffen noch nicht als ein beunruhigendes Zeichen angesehen. Auf dem Flugplatz Stag Lane rechnet man mit der Ankunft MacDonalds am späten Abend. Die Wetterberichte verzeichnen günstige Wetterbedingungen über dem Ozean.

Die Kunst der „Allerkleinsten“.

Im Kabarett der Kammer gastiert zurzeit eine Gruppe Miniaturmenschen, die bestbekannte Singers-Midget-Revue, die, paradox gesprochen, „ausgewachsenste“ Kleinkunst bieten. Mit erstaunlicher Körperkraft, Sicherheit, Grazie und Humor führt die kleine Gesellschaft ein vollständiges Varietéprogramm vor. Ein Breitbart in miniature balanciert Schwergewichte und stemmt Kohläm Kletter, ein Gaukler zeigt verblüffende Handfertigkeit, schicke Reuegirls schreien Augen und Beine an wie die „Gretchen“, begleitet von einer Jazzbandkapelle, großartig! Da tuten Sarraphonien auf ihren Miniaturinstrumenten, da hupen kleine Handchen virtuos auf der Geige, jene Fingerchen bedienen Schlagzeug und

Trommel und am überlebensgroßen Klavier da auf gerade noch ein ganz winziges Körperchen knapp über die Tastatur, die Beine frei in Lüften schwebend. Aber die Schläger Klappen und der Konzertmeister geht und strept dazu mit Humor und Routine. Dann gibt es noch ein lustiges Bogenschütze und einen Elefantendressurkünstler des Kalibers mit Rundharmonikablenden, Table d'hoie-Spielen und Weisenrauchen. Die kleinen Herren und Damen in prächtige Kostüme gekleidet, machen ihre Sachen wirklich ausgezeichnet und fanden harten Beifall. Man soll sie nicht übergehe nennen. Das klingt so nach Kuriosität, Ausstellungsobjekt, Kummelplatz, sie hier haben den Beweis erbracht, daß sie durch eifrige, gewiß nicht allzu leichte Arbeit ihr Brot verdienen und nicht durch Bloßstellung dessen, was die Natur ihnen verleiht.

Internationales Schachturnier.

In der 6. Runde des Internationalen Schachmeisterturniers siegte Marzhaill in einer Verluftstellung gegen Rubinstein wegen Zeitüberschreitung seines Gegners. Capablanca—Tartakower machten unentschieden und die Partie Niemzowitsch—Reti wurde abgebrochen in günstiger Stellung für Niemzowitsch. Capablanca—Niemzowitsch haben die Führung.

Zauberfünftler Dante.

Die Spiritisten bemühen sich ihre Wunder im verdunkelten Zimmer eine ganze Geisterwelt. Der amerikanische Zauberfünftler Dante macht sich auf hellerleuchteter Bühne „seinen Dreck alleine“. Wie — darüber kann sich jeder nach Belieben den Kopf zerbrechen oder er muß sich mit dem Besten zufrieden geben. Dem Besten ist es, was Dante in einer Presseführung im Babopalat „Atrium“ zeigte: Spielkarten schweben frei durch die Luft, bleiben auf seinen Wink im Raume stehen und folgen dem Finger, als sei er ein Magnet. Ja, sogar eine mit einem Tuch bedeckte Frauengestalt muß wie die Spielkarten in der Luft schwebend egerzieren, und schließlich ergreift Dante das Tuch, schüttelt es aus — und es ist gar nichts darin, obgleich es noch eben deutlich die Umrisse der Gestalt zeigte. Die Frau aber wird aus einer mehrfach vertiegelten Riste von der Decke heruntergelassen. Personen verschwinden überhaupt bei Dante beliebig und tauchen wieder auf, Stühle, Teller, Lambourins erheben sich in die Luft, klappern, fliegen, werden auch manchmal einem Menschen auf den Kopf gemorren. Kurz, alle Erscheinungen des Spiritismus zeigt dieser unheimlich geschickte Dante. Für viele „Geistergläubige“ wäre es sicher ganz gut, wenn sie sich einmal solche Vorführung ansehen würden.

Im Rahmen der Volkshochschule Groß-Berlin beginnen heute folgende Arbeitsgemeinschaften. Philosophische Grundfragen: Leitung Genosse Falkenfeld, Greifswalder Straße 24. Die Gemeinschaft der Geschlechter: Leitung Genossin Elise Hildebrand, Breite Straße 11. Beginn 20 Uhr.

Der erste Vortrag der „Freien Sozialistischen Hochschule“ in diesem Winterhalbjahr findet am kommenden Sonnabend, dem 20. Oktober, 19 Uhr, im großen Saal des ehemaligen Herrendankes, Leipziger Str. 3, statt. Genosse Paul Kampffmeyer spricht über das Thema: „Das Sozialistengesetz“. Karten zum Preise von 50 Pf. an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Buchhandlung K. H. B. Dieckhoff, Lindenstr. 2; Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße (Ecke Luisenpark); Fagarengeheiß Hofsch, Engelwer 24/25; Ufa-Theater, Engelwer 24/25 (Gemeinschaftsbau); Verlag des Bildungsbundes der Deutschen Buchdrucker, Dreißendstr. 5; Betriebsrat des HGB, Alt. Sortiment, Anstalt. 6a; Zentralverband der Angestellten, Osthafen, Belle-Alliance-Str. 7; Bund der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Deutscher Holzarbeiter-Verband, Am Köpenicker Park 2.

Kufeke

und frische Milch das ist die Nahrung für Dein Kind wenn Du nicht selbst stillen kannst. Die für eine Mahlzeit benötigte Menge Kufeke besetzt für ein Kind bis zum 6. Monat nur 3 Pf.

Der kommunistische Panzertreuzerprotest.

Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung gefaßten sich die Deutschnationalen in der Rolle von Ausknöchten der Kommunisten. Gestern war über den kommunistischen Agitationsantrag zur Panzertreuzerfrage zu entscheiden. Die Deutschnationalen machten wahr, was sie in der vorhergehenden Sitzung angekündigt hatten. Dem von den Demokraten eingebrachten Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung verweigerten sie die Unterstützung. Sie sind der unheilvollen Ansicht, daß sie hiermit die Sozialdemokraten ärgern. Du lieber Himmel! — Es blieb selbstverständlich ohne Einfluß, daß die Schwarzweissen Bundesbrüder der Kommunisten sich der Abstimmung enthielten. Ohne sie wurde der Uebergang zur Tagesordnung mit großer Mehrheit beschlossen. In derselben Sitzung kam es zu einer Erörterung von Mißständen in der 31. Gemeindefabrik in Roabit. Dieser Sache hatten die Deutschnationalen sich bemächtigt, um ihre „Schulfreundlichkeit“ in die Welt hinauszuposaunen zu können. Stadtschulrat Rydahl und für die sozialdemokratische Fraktion der Genosse Hädicke kennzeichneten den pöblichen Eifer der Deutschnationalen. Seit auch die Wohlhabenden ihre Kinder in die Volksschule schicken müssen, haben die bürgerlichen Parteien ihr Herz für die Volksschule entdeckt. Demals, als die Volksschule eine Bildungstätte nur für Kinder der Unbemittelten war, überließ man es den Sozialdemokraten, sich um die Befähigung von Schulmißständen zu bemühen. Doch in den letzten Jahrzehnten an den Berliner Gemeindefabriken doch vieles gebessert wurde, ist tatsächlich den Sozialdemokraten zu danken.

Die Beratungen begannen mit einer Anfrage der Kommunisten wegen der beabsichtigten Zuweisung eines Teiles des Geländes zwischen Kniprade- und Oberbruchstraße an die jüdische Gemeinde zur Erweiterung ihres dort gelegenen Friedhofs. Die Stadtverordneten Kraushaus (Komm.) und Böhmert (Soz.) erklärten sich mit aller Energie gegen die Zuweisung, da es unmöglich sei, die auf dem Gelände seit Jahrzehnten befindlichen Kleingärtner herauszujagen. Zudem sei das Gelände als Kleingarten-Dauerkolonie ausgewiesen. Stadtschulrat Rydahl erklärte, daß die jüdische Gemeinde sich bereits der Zustimmung des Ministers des Inneren und des Polizeipräsidenten versichert und so einen starken Rückhalt hätte. Mit den Kleingärtnerin lasse sich schon eine Lösung finden, man könne sie auf Kosten der jüdischen Gemeinde entschädigen. Damit war die Anfrage erledigt. — Ueber den mangelhaften baulichen Zustand der 31. Volksschule in Roabit beschwerten sich die Deutschnationalen. Was Frau Rektorin Wehler dazu vorbrachte, war eigentlich die Aufzählung einer ganzen Reihe Maßnahmen, die die Schulverwaltung bereits ergriffen hat, um die Schule wieder herzurichten. Es ging ihr aber offenbar nicht schnell genug.

Stadtschulrat Genosse Rydahl meinte, die Schule sei nach Maßgabe des festgelegten Reparaturbudgets für Schulen renoviert worden. Leider fehlen größere Mittel, um das Tempo der Erneuerung aller Schulen zu beschleunigen. In der Schule vorkommene Krankheitsfälle seien nach der Untersuchung des Gesundheitsamtes nicht auf den baulichen Zustand der Schule zurückzuführen. Im übrigen seien im Laufe der letzten Jahre über 20 Berliner Volksschulgebäude außer Betrieb gesetzt worden, ein Beweis dafür, daß sich Magistrat und Schulverwaltung alle Mühe geben, zu helfen, wo es nötig ist. Es kann nicht nur die Aufgabe der Stadtverwaltung sein, neue moderne Schulen zu bauen, sondern es sei auch dafür zu sorgen, daß die alten Schulen in gebrauchsfähigem Zustande erhalten bleiben.

Stadtschulrat Hädicke (Soz.) erinnerte die Deutschnationalen daran, daß

die Schulverhältnisse da, wo die Deutschnationalen herrschten oder heute noch herrschen, am trostlosesten sind.

Es sei interessant, zu beobachten, daß jetzt, wo die begüterten Kreise ihre Kinder auch in die Grundschule schicken müssen, die Klagen über die Volksschulen zunehmen. Früher kümmerten sich diese Leute — und ihre Stadtverordneten — nicht darum. Die Sozialdemokraten seien mit den Erklärungen des Stadtschulrates zufrieden gestellt. Stadtschulrat Rydahl (Soz.) gab der Ueberzeugung seiner Freunde Ausdruck, daß die Zustände in gewissen Berliner Schulen nicht Schuld des Magistrats seien.

Um 7 Uhr wurden die Abstimmungen zu den am Dienstag behandelten Tagesordnungspunkten vorgenommen. Der Antrag der Kommunisten, der Magistrat solle Einspruch gegen die erhöhten Eisenbahntarife erheben, wurde abgelehnt. Ueber den Antrag wegen des Panzertreuzers wurde zur Tagesordnung übergegangen. Das Verlangen der kommunistischen Fraktion nach Aufhebung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und nach Freihaus-Lieferung der Brennmaterialien für Wohlfahrtsvereine wurde abgelehnt. Der Antrag wegen des Erlasses einer Markfordernung wurde einem Ausschuss überwiesen.

Dann wurde eine Vorlage des Magistrats behandelt. Die Begründung einer

Berliner Gefrierfleisch G.m.b.H.

zum Gegenstand hat. Auf Grund einer Verordnung des Reichsministers für Ernährung vom April 1928 sollen die Gemeinden nach Möglichkeit die ihnen zugeordneten Berechtigungsgebiete zum Nachbezug an wirtschaftliche Vereinigungen weitergeben. Die die Gewerbe für Weitergabe der Ware zu angemessenen Preisen bieten. Der Magistrat will eine G. m. b. H. funktionieren lassen, die aus Großhändlern, Ladenhändlern, dem Reichsverband für Gefrierfleischindustrie und der Stadtverwaltung besteht. Der Ausschuss setzt sich aus Vertretern der genannten wirtschaftlichen Organisationen, des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zusammen.

Im Auftrage unserer Fraktion sprach Genosse Krndt: An und für sich sehen wir auf dem Standpunkt, daß kontingiertes Gefrierfleisch nicht in die Hände von Privathändlern gehört. Man kann es aber auch wiederum nicht der Konsumgenossenschaft überweisen (wie es die Kommunisten verlangten), weil es der gesamten Bevölkerung zufließen soll und nicht nur den Mitgliedern der Genossenschaft. Außerdem stehen diesem Verlangen auch gesetzliche Bestimmungen entgegen. Genosse Krndt verbreitete sich eingehend über den Berliner Gefrierfleischhandel und zeigte, wie

durch den gemischtwirtschaftlichen Verkauf des Fleisches der Preis gesenkt wurde.

Die Stadt hat sich, entgegen allen anderseitigen Darstellungen, damit das Verdienst erworben, das Richtige getroffen zu haben. Leider hat man bislang nur den Kleinhandel kontrolliert und ihm Preisstreiterei vorgeworfen, den Hauptschuldigen, den Großhandel, ließ man ungehoren. Weil die Sozialdemokraten der vom Magistrat gemachten Vorlage zustimmen, mache ihnen der Kommunist Wisnewski bittere Vorwürfe. Die sich zwar streng in der sozialistisch-politischen Richtung bewegten, aber von Sachkenntnis nicht getrübt waren. Wisnewski konnte nicht sagen, wie sich die Konsumgenossenschaft überhaupt zu der Uebernahme des Gefrierfleischverkehrs stellt. Schließlich muß man sie doch auch fragen!

Zu der Forderung des Magistrats, aus Antichemischen 12 Millionen Mark für das

Bauprogramm der Elektrizitätswerke

bis 1932 zu bewilligen, und zwar als erste Rate, erklärte namens der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Dabitz die Zustimmung. Die Vorlage wurde angenommen. — Nachdem noch die Bauplanung für das östlich der Johannisthaler Kömigsheide gelegene Gelände der Charlottenburger Wasserwerke und der Flusslinienplan für eine Freifläche am Wannsee angenommen waren, schloß der Vorsitz die Sitzung.

Aus den Bezirken.

Die kommunale Wohnungspolitik.

9. Kreis — Wilmersdorf.

Genosse Steinbüchel eröffnete die Sitzung und wies zunächst das Recht der Sozialdemokraten des Bezirkes an. Genosse Bieprecht begründete seinen Antrag auf einstimmige Annahme damit, daß er seit ungefähr einem Jahr lebend sei, auch bereits das Alter von 64 Jahren erreicht habe und nebenbei in seinem Amte sehr überlastet sei. Genosse Steinbüchel stellte mit, daß er dem Genossen Bieprecht für seine langjährige aufopfernde Tätigkeit den Dank des Kreisvorstandes und der sämtlichen Parteigenossen ausgesprochen habe.

Annahme wurde die Ersatzwahl für den ausgeschiedenen 1. Vorsitzenden und einen 2. Vorsitzenden vorgenommen. Folger wurde jedoch vom Genossen Jenschura im Namen des Vorstandes und der Delegierten der 70. Abteilung gegen die Gesponselten der Wahlberechtigung protestiert. Die Wahl selbst ergab folgendes Resultat: Genosse Max Steinbüchel, Halleser, Halleserstraße 11a, 1. Vorsitzender; Genosse E. Hahn, Schwerehandorf, Dönhofsener Straße 4, 2. Vorsitzender. Beide Genossen wurden gegen die Stimmen des Vorstandes und der Delegierten der 70. Abteilung gewählt. Für den 2. Kreisvorsitzender wurde an Stelle des Genossen Hahn Genosse Max Fischbach, Wilmersdorf, Rainzer Straße 16, gewählt.

Annahme hielt Genosse Stadtschulrat Wagner seinen Vortrag über die „Kommunale Wohnungspolitik“. In großen Zügen schilderte er das bisher von der Partei betriebene Wohnungsbauprogramm. Es herrsche noch heute eine beispiellose Wohnungsnot. Von sämtlichen Wohnungsbauverträgen sind rund 88 Proz. 2½-Zimmer-Wohnungen, denn die großen Wohnungen kommen für viele gar nicht in Frage wegen der unerschwinglichen Miete. 1926 waren 14 000 Neubauwohnungen, 1927 19 500 Neubauwohnungen fertiggestellt. 1928 kommen bis Juli in Vorrichtung 18 700 Wohnungen. Die Hauszinssteuer ergibt jährlich 220 Millionen Mark. Davon wurden bisher 170 Millionen für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Die Stadt Berlin hat zurzeit für 60 000 Wohnungen Bauland. Alle Wohnungen sind mit Bad, Gas, elektrischem Licht usw. versehen, keine Hinterhäuser werden mehr gebaut. Gegenwärtig sind noch 23 000 Wohnungen nicht gebaut, davon 7 000 aus dem Jahre 1927 und 20 000 aus dem Jahre 1928.

Am Schluß der Versammlung wies Genosse Steinbüchel noch auf die Feier der Partei am 21. Oktober hin.

„Zu wenig ernst“, sagt ein Kommunist!

11. Bezirk — Schöneberg.

Die letzte Schöneberger Bezirksversammlung beschäftigte sich in der Hauptfrage mit den Beratungen über die Bedarfsanmeldung 1929. Nach der Berichterstattung erklärte in der Debatte der deutschnationaler Merkel, daß seine Freunde dem Eintreten zustimmen würden. Der Kommunist Schmidt bemerkte, daß die Entscheidung „zu wenig ernst“ vor sich gegangen wäre. Ueber Genosse Flatau nagelte die zwiespältige Haltung der Deutschnationalen fest, die in einem Bezirk, wo sie in der Mehrheit sind, den Etat annehmen, in der Berliner Stadtverordnetenversammlung aber den Etat ablehnen. Den Kommunisten gegenüber bemerkte Flatau, daß sie utopische Anträge stellten und die Deckung und Bewilligung der Mittel der SPD. überließen. Die Neubergerungen hinaus voranführen den

SALAMANDER

ist jedem Auslandsschuh überlegen:
Dem guten durch den niedrigen Preis dem billigen durch die hohe Qualität.

Hunderttausende von Salamander-Schuhen werden im Auslande getragen



Verzögerung der Reparationsregelung.

Abwartende Haltung Englands.

London, 18. Oktober.

Zur Unwesenheit des Generalagenten für Reparationen in London schreibt der „Daily Telegraph“: Die Besprechungen, die Parker Gilbert gegenwärtig mit Churchill und führenden Beamten des Schatzamtes hat, beziehen sich auf seinen Vorschlag, die deutschen Restschulden zu vermindern und endgültig festzusetzen, während Deutschland sich zur vollen Bezahlung dieser verminderten Summe verpflichtet soll und der Transfer-Ausschuß aufhört zu wirken.

Im maßgebenden britischen Kreise werde aber, wie das Blatt ausführt, die Notwendigkeit einer Revision des Reparationsplanes nicht für so dringend angesehen. Deutschland habe bisher seine Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan ohne Mühe erfüllt, und es habe kein Grund zu der Sorge zu bestehen, daß es nicht imstande sein werde, die volle Annuität im Laufe des gegenwärtigen Jahres zu bezahlen. Außerdem werde eine Herabsetzung der Gesamtsumme der Reparationen ohne eine gleichzeitige entsprechende Verminderung der Kriegsschulden der Alliierten an die beteiligten Staaten eine sehr schwere Last auf England legen; denn die finanziellen Alliierten würden wie früher auch diesmal wieder fordern, daß die gesamten Reparationen den zerstörten Gebieten zugute kommen.

Parker Gilbert selbst gibt zu, daß keine unmittelbare Aussicht auf eine Revision der verschiedenen Schuldensunderungsabkommen durch Amerika besteht. Er teilt auch die Ansicht der britischen Sachkundigen, daß gegenwärtig nur ein kleiner Teil der Dawes-Einschuldigung in Form von Anleihen auf dem internationalen Geldmarkt mobil gemacht werden könnte und auch dieser kleine Teil nur gegen hohen Discont. Andererseits ist das britische Schatzamt geneigt, dem Generalagenten beizupflichten, daß es ratsam wäre, die Transfer-Klausel des Dawes-Planes zu beseitigen, wenn Deutschland eine entsprechende Garantie bieten kann, die aber erst noch gefunden werden muß. Der Korrespondent meint, wahrscheinlich werde die Frage nach Erledigung der amerikanischen Präsidentschaftswahlen wieder mit dem britischen und den anderen alliierten Schatzministern erörtert werden. Bis dahin müsse die ganze Frage in der Schwebe bleiben.

Mitte Dezember Sachverständigenkonferenz?

Paris, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Londoner Reise des Reparationsagenten Parker Gilbert erregt in hiesigen politischen Kreisen großes Interesse. Die Havas-Agentur berichtet hierzu, die Reise des Generalagenten sei vor allem der Vorbereitung der in Genf vorgesehenen Sachverständigenkonferenz zur Festsetzung der Höhe der deutschen Reparationsschuld. Der Generalagent, der bereits in zwei Memoranden auf die Notwendigkeit der endgültigen Festsetzung der deutschen Schuld hingewiesen habe, werde diesen Gedanken fraglos auch in den anderen Hauptstädten der Alliierten vertreten. Der „Temps“ will wissen, daß die Sachverständigenkonferenz Mitte Dezember in Paris zusammenzutreten werde. Als Vertreter Deutschlands sei Reichsbankpräsident Schacht in Aussicht genommen. Der „Intransigent“ läßt sich aus London berichten, daß nach wie vor für die Festsetzung einer Endsumme von 40 Milliarden die größte Wahrscheinlichkeit bestehe, wenn auch Endgültiges noch nicht gesagt werden könne. Das britische Schatzamt sei in der Ansicht, daß die Transferklausel beseitigt werden könne, wenn Deutschland in der Lage sei, sie etwa durch Kommerzialisierung seiner Schuld oder durch andere Mittel zu ersetzen. Es sei wahrscheinlich, daß noch den amerikanischen Präsidentenwahlen neue Besprechungen zwischen Parker Gilbert und den alliierten Regierungen stattfinden. Für den Augenblick müsse die Erledigung des ganzen Fragenkomplexes noch aufgeschoben werden.

Heraus aus der Isolierung!

Drälat Leicht für Vereinigung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei.

München, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei im Reichstag, Drälat Leicht, wird von den urbojardischen Partikularisten seit langem angefeindet, weil er seine politischen Ziele in der völligen Verschmelzung der Bayerischen Volkspartei mit dem Zentrum und in der Wiederherstellung der Einheit des politischen Katholizismus in der Erreichung dieses Zieles ist er auch zu Opfern bereit und unterscheidet sich infolgedessen in seinem ganzen politischen Wirken nicht unwesentlich von dem sturen Typ des gewöhnlichen weißblauen Föderalisten. Auf einer Parteiverammlung seines Wahlkreises in Oberfranken verteidigte er neuerdings seine Auffassung, wobei er nicht verschwiegen, daß vor allem in der Frage Reich und Länder eine einheitliche Auffassung innerhalb des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei noch nicht vorhanden sei. Wörtlich erklärte er:

„Die Bayerische Volkspartei muß sich hüten, in der Frage des Reichsumbaues sich so verkrüppelt zu zeigen, daß sie jeder vernünftigen Änderung widersteht. In diesem Falle bestünde die Gefahr, daß die ganze Entwicklung über sie hinweggeht. Die Bayerische Volkspartei muß vielmehr selbst mit einem fortschrittlichen Programm vor die Öffentlichkeit treten und durch Einfluß auf die Gestaltung der Dinge zu gewinnen suchen. Von größter Bedeutung ist dabei, ob es gelingt, Zentrum und Bayerische Volkspartei auf eine einheitliche Linie zu bringen. Wenn es nicht gelingt, beide auf feste Richtlinien zu bringen, die sie verpflichtend übernehmen, dann ist ein weiteres Zusammengehen zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei unmöglich. Sind wir aber geteilt, dann sind wir verloren. Jede Spaltung ist das Ende der berechtigten Existenzpolitiker des deutschen Katholizismus. Ich geniere mich nicht, Klipp und Klar zu sagen: Wenn keine Arbeitsmöglichkeit zwischen Bayerischer Volkspartei und Zentrum mehr vorhanden ist, für unsere gemeinsame Bestandsicherung und für unsere staatspolitischen Ziele, dann sage ich der Politik ein für allemal Lebewohl.“

In seinen weiteren Ausführungen sprach sich Drälat Leicht noch für die große Koalition aus unter der Bedingung, daß ein einigermaßen annehmbares Regierungsprogramm vorgelegt wird. Die Schwierigkeiten seien zwar groß, sie lägen nach seiner Auffassung hauptsächlich auf dem kulturpolitischen oder mehr bei der Deutschen Volkspartei und den Demokraten als bei den Sozialdemokraten.

Duellverbot in der polnischen Armee. Das polnische Kriegsministerium ist mit der Ausarbeitung einer Verordnung beschäftigt, durch welche der Zweikampf zwischen Offizieren verboten werden wird. Die Verordnung läßt keine Ausnahme zu und stellt die Uebertretung des Verbots unter schwere Strafen.

Im Jenseits.



Häsel und Kobling: „Trotz allem, Herr v. Bismarck: Ohne unsere Mithilfe hätten Sie das Sozialistengesetz nicht zustande gebracht!“

Zodestrafte aus Prinzip? — Nein!

Klärung im Strafgesetzausschuß.

In der fortgesetzten Beratung des Strafgesetzausschusses erklärte der

Abg. Emminger (Bayr. Vp.):

Die Zodestrafte hat abschreckende Wirkung, wie sich in Bayern gezeigt hat, wo Angeklagte, die wegen Mordes in der Voruntersuchung waren, wiederholt erklärt haben, daß ihnen das ganze Verfahren gleichgültig sei, da der alte Prinzregent doch keine Zodestrafte vollstreckte. In den letzten 10 Jahren ist in Deutschland kein Unschuldiger hingerichtet worden. (Widerpruch links.) Die von Dr. Rosenfeld angeführten Fälle widerlegen das nicht. Höchstens im Krieg und bei Kriegszustand mag ein Unschuldiger mal hingerichtet worden sein. Im Krieg aber ist die Zodestrafte sowieso nicht entbehrlich. Im Falle Leister haben die Gnadeninstanzen rechtzeitig eingegriffen und die Hinrichtung verzögert. Die Befähigungsfähigkeit der Mörder bestreite ich nicht, sind doch gerade unter den Mördern oft Menschen, die noch gar nicht vorbestraft sind. Unter dem Gesichtspunkt der Besserung allein ist die Frage nicht zu entscheiden. Hauptzweck der Strafe ist, daß der Staat seine Autorität bewahrt. Außerdem muß die Gesellschaft geschützt werden und einer besseren Schutz als die Zodestrafte gibt es nicht. Schließlich verlangt das Rechtsgemäßfinden der Verletzten eine angemessene Sühne. Sogar die Hingerichteten haben in den meisten Fällen die Hinrichtung als Sühne empfunden. (Widerpruch links.) Die Moral des Volkes wird untergraben, wenn der Sühnegedanke schwindet.

Falls wir von schweren Erschütterungen verschont bleiben, kann man hoffen, daß die Kriminalität in einigen Jahrzehnten auf den Vorkriegszustand zurückfällt und die Zodestrafte dann aufgehoben werden kann.

Bei Jugendlichen unter 21 Jahren sollte die Zodestrafte schon jetzt nicht vollstreckt werden. Sollte die Zodestrafte nicht bestehen bleiben, so muß sie wenigstens aufrechterhalten werden bei Rassenmord, Sprengstoffmord, Mord im Rückfall, Lustmord und Elternmord.

Abg. Rahl (D. Vp.):

Seit der letzten Abstimmung habe ich mich im Verstand und im Gewissen andauernd mit der Frage der Zodestrafte beschäftigt und ich möchte nur für meine Person, nicht namens meiner Freunde, eine Lösung zur Ermöglichung stellen, die vielleicht zur Annäherung der Gegensätze führt. Entscheidend in der ganzen Frage ist die Sicherung von Staat und Gesellschaft. Die Motivierung mit Gründen der Religion, Vergeltung und Sühne, absoluter Gerechtigkeit lehne ich ab. Diese Gründe können wir Menschen nicht handhaben. Die abschreckende Wirkung will ich nicht ganz abstreiten. Daß die vollstreckte Zodestrafte nicht mehr gutgemacht werden kann, ist nicht entscheidend. Sollte ein Justizirrtum vorkommen, so ist das ein Trauertag für das ganze Volk. Dann ist das Unrecht, begangen an dem Hingerichteten, an den Hinterbliebenen gutzumachen. (Zwischenruf links: Zu spät!)

Der einzig wirkliche Grund gegen die Zodestrafte ist, daß die verschiedenen Motive nicht berücksichtigt werden können.

Dem wird Rechnung getragen durch die sehr vorgeschlagene Zulassung von mildernden Umständen. Ich habe den Zweifel noch nicht überwinden können, ob es an der Zeit und ratsam ist, für die äußersten Fälle auf das äußerste Strafmittel, die Zodestrafte, zu verzichten. Die hohe Kriminalität der Gegenwart macht die Ueberwindung nicht leicht. Die Bewegung im deutschen Volk gegen die Zodestrafte ist unportentbar stark. In Oesterreich ist die Zodestrafte schon abgeschafft und das wirkt natürlich auch auf die Praxis im Reich. Der Dualismus ist auf die Dauer nicht ertragbar. Sehr beachtlich ist auch die programmatische Erklärung von angehenden Rechtsanwälten, Richtern und Rechtslehrern gegen die Zodestrafte. Schließlich ist auch zu beachten die augenblickliche Aussetzung des Vollzugs der Zodestrafte. Das ist der Anfang einer tatsächlichen Aufhebung der Zodestrafte. Würde die Beibehaltung der Zodestrafte befristet werden,

so wird der Kampf weitergehen, sich verschärfen und die tiefe Kluft im Volke vergrößern, die eine Gefahr der inneren Einheit ist.

Trotz alledem bin ich nicht in der Lage, meine Bedenken gegen die Abschaffung der Zodestrafte zu überwinden, ich könnte sie aber zurücktreten lassen, wenn die Gesellschaft durch Ausgestaltung der Sicherungsmaßnahmen gegen neue Straftaten verurteilter Mörder geschützt würde.

Ich muß zur Voraussetzung machen, daß ein wegen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilter im Falle seiner Bognadigung oder Amnestierung in die lebenslängliche Sicherungsverwahrung kommt.

Abg. Bell (Z.):

erkärt für das Zentrum: Keine Freunde können bei keiner Strafe auf den Standpunkt der gerechten Sühne verzichten. Die Sicherung der Gesellschaft würde die Zodestrafte nicht rechtfertigen, aber die Sühne macht sie erforderlich. Was gerecht ist, weiß Gott allein. Gott hat aber dem Menschen die Verpflichtung auferlegt, in Ausübung der Gerechtigkeit die Sitten zur Durchföhrung zu bringen. Der Gedanke der Sittengesetze und der Gerechtigkeit muß mit dem Gesetz doch untörslich verbunden bleiben. Fraglich ist, ob in Deutschland die Gesamterhältnisse schon reif sind zur Abschaffung der Zodestrafte. Solange das nicht feststeht, muß die Zodestrafte bleiben. Gewiß hat Dr. Rosenfeld recht, daß eine schwere Verantwortung auf uns liegt, wenn wir die Zodestrafte beibehalten. Aber nicht minder schwer ist die Verantwortung derjenigen, die den Staat und die Gesellschaft schutzlos lassen, wenn sich herausstellen sollte, daß infolge der Kriminalität das äußerste Mittel der Strafandrohung und der Strafvollstreckung notwendig sein sollte. Humanität ist angebracht gegenüber jedem Verbrecher. Auch im Mörder haben wir noch die Menschenwürde zu achten. Aber keine übertriebene Humanität. Sie kann zur Inhumanität der Gesellschaft gegenüber führen. Freilich darf eine Verurteilung zum Tode nur beim schlüssigsten Schuldbeweis ausgesprochen werden und es muß bei der Bestrafung nur für die schwersten Verbrechen Zodestrafte angedroht werden.

Juzzeit ist die Androhung der Zodestrafte noch nicht zu entbehren. Aber ich möchte der Erwartung Ausdruck geben, daß nach einer kurzen Uebergangszeit die Abschaffung der Zodestrafte möglich sein wird.

Abg. Hanemann (Dnt.):

erkärt für die Deutschnationalen: Die Zodestrafte muß aufrechterhalten bleiben. Nicht nur der einzelne Mensch, auch der Staat hat das Recht der Notwehr und er darf sich derjenigen entledigen, die einen Mord begangen haben. Man darf nicht immer über dem Töter sein Opfer vergessen. Vergeltung, Abschreckung, Sühne und Sicherungen machen die Zodestrafte notwendig. Deshalb wird die deutschnationale Fraktion gegen die Aufhebung der Zodestrafte stimmen. Die Anregungen der Vertreter der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums wegen einer Bestrafung des besonders schweren Mordes und wegen Aufschaltung der Anklagenbeweise sind beachtlich. Festsprüche gegen Unschuldige müssen verhindert werden, aber wir können nicht auf die Androhung der Zodestrafte ganz verzichten.

Die Beratung wurde auf Dienstag vertagt.

Das Danziger Beamtenbefoldungsgezet ist vom Volkstag erledigt; es gibt den Beamten 6 Prozent mehr Gehalt als ihren preußischen Kollegen.

Der 23jährige Urenkel William Vanderhills, Frederik Vanderhills-Feld ist der amerikanischen sozialistischen Partei beigetreten.

Spionageaffäre in Wien. Die Staatsanwaltschaft hat gegen drei frühere Offiziere, den Versicherungsagenten Eugen Reindl, den pensionierten Oberleutnant Johann Hanika und den Reissenden Kurt Müller, der während des Krieges Nachrichtenoffizier und später Beamter im Kriegsministerium war, Anklage wegen Spionage zugunsten einiger Nachbarstaaten und wegen Uebertretung erhoben.

Metallkartelle und Preiswucher.

Vorstoß der amerikanischen Metallkönige.

Wenn wir die Vorgänge in der Metallrohstoffwirtschaft von der Gründung des internationalen Kupferkartells bis zur kürzlich erfolgten Zusammenkunft der Zinnerzeuger in Amerika etwas unter die Lupe nehmen, so finden wir bei allen Bestrebungen der Metallherzeuger letzten Endes nur den Wunsch, höhere Preise zu erzielen und sich eine größere Profitrate zu sichern. Ohne Rücksicht auf die Steigerung der Erzgewinnung und die Vergrößerung der Metallhüttenproduktion verlangt man durch scharfe internationale Kartellbindungen eine sogenannte Stabilisierung der Preise, die, wie man seit zwei Jahren in der Kupferwirtschaft gesehen hat, nichts anderes bedeutet als eine Preissteigerung ohne Ende. Rücksichten etwa auf die Konsumenten stehen gar nicht zur Diskussion. Die Frage erscheint daher angebracht, ob irgendeine sachliche Berechtigung vorliegt.

die Preise von Kupfer, Blei, Zinn

oder Zinn so zu erhöhen, wie es in letzter Zeit der Fall war. Die Metallgesellschaft in Frankfurt, eines der kapitalträchtigsten Unternehmen im deutschen Metallgewerbe, die erst vor wenigen Wochen durch Fusion mit der Metall-Bank eine neue Gesellschaft gebildet hat, gibt alljährlich ein Buch heraus. In dem eingehende Berechnungen über die Erzeugung und den Verbrauch der wichtigsten Metalle, mit Ausnahme von Eisen, enthalten sind. Das letzte Heft gewährt für eine Kritik an der Politik der Metallkartelle deswegen um so mehr an Bedeutung, weil darin die Metallpreise über die Preise und über den Stand der Metallhüttenenerzeugung enthalten sind. Die Metallgesellschaft legt für den Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913, also für die Vorkriegszeit, Preise und Stand der Hüttenenerzeugung gleich 100. Bei Kupfer beträgt die Reihenziffer 1924 = 93, 1925 = 101, 1926 = 99 und 1927 = 93 und in der ersten Hälfte des Jahres 1928 = 101. Für das zweite Halbjahr 1928 ist mit einer weiteren und sogar beträchtlichen Steigerung zu rechnen, da besonders im dritten Quartal ganz erhebliche Preiserhöhungen durch das Kupferkartell vorgenommen worden sind. Bei Blei ist die Reihenziffer für 1924 = 184, für 1926 = 191, für 1927 = 154 und für das erste Halbjahr 1928 = 142. Bei Zinn sind die Parallellisten zu Blei 108, 126, 106 und 99. Bei Zinn 126, 162, 132. Stellen wir zunächst diesen Reihenziffern für die Preise entsprechende Zahlen für den Stand der Metallhüttenenerzeugung gegenüber und sehen wie dabei für den Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913 die Erzeugung auch gleich 100, so kommen wir bei Kupfer für 1924 auf 144, für 1926 auf 156 und für 1927 auf 161. Bei Zinn auf 112, 138 und 148. Bei Blei 112, 139 und 145. Bei Zinn 112, 129 und 131. Wir sehen also, daß bei allen vier Metallen die Erzeugung seit 1924 sich im Verhältnis zu dem Durchschnitt von 1909 bis 1913 ganz erheblich vermehrt hat und daß also

ein klaffender Gegenstoß

zwischen der Preisentwicklung und der Entwicklung der Metallhüttenenerzeugung besteht. Man wird vielleicht einwenden, daß sich die Kosten in der Metallhüttenenerzeugung gesteigert haben und daß die einfache Gegenüberstellung der Reihenziffern für die Preise und die Hüttenenerzeugung ein solches Bild gibt. Hierauf ist aber zu antworten, daß solche Behauptungen ohne weiteres widerlegt werden können durch die steigenden Gewinne der großen Metallhüttenwerke und durch die Veröffentlichungen über die Vergrößerung der Selbstkosten besonders in der Kupfer- und in der Zinnwirtschaft. Das Zinnkapital arbeitet in den Gebieten des fernsten Ostens durch die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskräfte dort als Arbeiterlöhne verwendet werden, mit so geringen Kosten, daß Dividenden von 30 bis 50 Proz. der nachstehenden Gesellschaften nicht zur Seltenheit gehören. Von den Kupferkonzernen in den Vereinigten Staaten weiß man, daß sie sogar an ihre

Aktionäre 60- und 70prozentige Dividenden

verleihen können, nicht zu reden von den Reserven, die für die Modernisierung der Anlagen und für etwaige Konjunkturrückschläge zurückgestellt werden.

Der Verbrauch der Metalle hat sich auf der ganzen Linie erweitert, so daß die Metallproduzenten keinesfalls mit der These arbeiten können, sie müßten sich auf einen geringeren Absatz umstellen. Die Metall-Gesellschaft stellt fest, daß auf den Kopf der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten für die fünf Metalle Aluminium, Blei, Kupfer, Zinn und Zinn vor dem Kriege 11,1 Kilogramm und 1927 16,2 Kilogramm kamen. In England stieg der Verbrauch von 12 auf 14,5 und in Deutschland von 11,3 auf 11,5. Bei den einzelnen Metallen kommt die Verbrauchsteigerung noch mehr zum Ausdruck. Zum Beispiel kam für Kupfer in Amerika auf den Kopf der Bevölkerung 1913 3,3 Kilogramm und 1927 5,5 Kilogramm, in Deutschland 3 Kilogramm und 1927 5,5 Kilogramm. Also allein in Deutschland hätte sich im letzten Jahre der Kupferverbrauch gegen 1913 um mehr als 80 Proz. erhöht. Wir sehen hieraus, daß der Absatz viel größer geworden ist. Für das laufende Jahr kann man sogar noch mit einer weiteren Zunahme des allgemeinen Metallverbrauchs rechnen. Den Metallherzeugern genügt aber der große Absatz nicht. Sie wollen auch eine weitere Erhöhung ihrer Gewinnrate erreichen.

Die bestehenden internationalen Abmachungen reichen für die Durchführung einer solchen Politik nicht, zumal man in den Vereinigten Staaten mit einer starken Bremse durch die

bestehende Antitrustgesetzgebung

zu rechnen hat. Von einer Warenknappheit kann, das muß hervorgehoben werden, bei keinem Metall gesprochen werden. Trotz des großen Abzuges sind immer noch genügend Vorräte vorhanden, um auch einen erhöhten Bedarf gedeckt zu werden. Die Erzeugung ist aber bei den meisten Metallen größer als der Verbrauch. Schwab, der Eisen- und Stahlfabrik, und Keiley,

der amerikanische Kupfer- und Zinnkönig, haben noch Beendigung des Präsidentenwahlkampfes einen Vorstoß gegen die Antimonopolgesetze angekündigt. Verhandlungen sind mit der Industrie bereits aufgenommen worden. Man will unter allen Umständen noch höhere Preise für die Metalle durchsetzen, obwohl die Vorkriegspreise bei weitem überschritten sind.

Die Kosten für eine solche Preispolitik der internationalen Metallherzeuger haben in erster Linie diejenigen Staaten zu tragen, die sich

in unbedingter Abhängigkeit

von den ausländischen Erzeugern befinden und das trifft in erster Linie auch für die deutsche Wirtschaft zu. Deutschland bedient nur ungefähr 21 Proz. seines jährlichen Kupferverbrauchs durch eigene Produktion, 40 Proz. des Zinnerverbrauchs, 43 Proz. des Zinn-, 38 Proz. des Zinn- und 37 Proz. des Aluminiumverbrauchs. Es ist also unbedingt auf die Einfuhr angewiesen und die Preispolitik der Metallherzeuger bringt eine schwere Belastung der ganzen deutschen Handelsbilanz und der verarbeitenden Industrie, sowie der von ihr abhängigen Arbeiterschaft mit sich. Die verarbeitende Industrie wird mit allen Mitteln versuchen, die höheren Kosten auf die Verbraucher abzuwälzen und das bedeutet für Metallfabrikate aller Art Preissteigerungen ohne Ende. Man sieht, wohin die internationale Kartellpolitik der Beherrscher der Metallrohstoffe treibt. Der Handel ist im Metallgeschäft fast völlig ausgeschaltet. Er kann nicht mehr regulierend eingreifen, und die Verbraucher haben seit dem Ende der 20er Jahre für diese Politik der Metallherzeuger zu bezahlen.

Niederschlesischer Montantrust.

11 Millionen Reichs- und Staatskredit.

Wie jetzt von amtlicher Seite mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen der Niederschlesischen Bergbau A.-G. (Niederschlesischer Montantrust) mit dem Reich und Preußen über Gewährung eines Kredits zum Ausbau der Werke zum Abschluß gekommen. Die Höhe des Kredits beträgt 11 Millionen Reichsmark. Die Träger des Kredits sind die Preussische Staatsbank (Sachhandlung) und die Reichskredit-Gesellschaft je zur Hälfte. Zur Sicherung der Forderungen wird auf den Bergwerksbesitz der Niederschlesischen Bergbau A.-G. eine Grundschuld eingetragen. Zur Sicherstellung des Kredits sind ferner die drei Muttergesellschaften, die ihre Bergwerke in das neue Unternehmen einbrachten, nämlich der Oberkolkonzern, die Rütgerswerke und die Gewerkschaft Vereinigte Glückhütten-Friedenshoffnung herangezogen worden.

Der Montantrust hat den Kredit zu sehr günstigen Bedingungen erhalten. Die Verzinsung ist mit 1 Proz. über Reichsbankdiskont festgesetzt, und es kann in den ersten Jahren eine Stundung der Zinsen bis zu 4 Proz. eintreten. Nach Ablauf der Schonfrist sind die vollen Zinsen zu entrichten und die gestundeten Beträge nachzuzahlen, wenn die Gesellschaft rentabel gearbeitet hat. Die Niederschlesische Bergbau A.-G. hat inzwischen ihr Kapital von 50 000 auf 40 Millionen Reichsmark erhöht.

Seit der Gründung der Niederschlesischen Bergbau-Gesellschaft im Januar dieses Jahres, die eine durchgreifende Rationalisierung des notleidenden Waldenburger Zechengebietes einleiten sollte, waren mit dem Reich und mit Preußen die Kreditverhandlungen im Gange. So bildet der jetzt abgeschlossene Vertrag keine Ueberraschung. Es muß jedoch betont werden, daß die betreffenden staatlichen Stellen sich seinerzeit zu der Kreditgewährung nur unter der Bedingung bereit erklärt hatten, daß in den Verschmelzungsvertrag auch die im Waldenburger Gebiet gelegenen Gruben des Fürsten Pleß einbezogen würden. Diese Forderung war sehr berechtigt, da eine wirkliche Rationalisierung im Waldenburger Zechen nur unter Zusammenfassung sämtlicher größeren Zechen dieses Gebietes gewährleistet war. Die Verhandlungen mit Pleß schützten seinerzeit an den unbedeutend hohen Forderungen dieser Grubenverwaltung, so daß Pleß heute tatsächlich im Waldenburger Bezirk eine Außenleiterstellung einnimmt. Warum die staatlichen Stellen von ihrer früheren Grundforderung abgewichen sind und nicht vor dem Abschluß des Kreditvertrages einen entsprechenden Druck auf die beiden beteiligten Zechenverbände in Niederschlesien ausgeübt haben, ist nicht recht ersichtlich. Die Niederschlesische Bergbau A.-G., die bisher nur als sogenannte Vorbereitungs-Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 50 000 M. gegründet war, hat jetzt ihr Kapital nicht, wie es vorgesehen war, auf 36, sondern auf 40 Millionen Reichsmark erhöht. Ob bei dieser Festsetzung des Kapitals von der Verwaltung bereits weitere Angliederungen in Aussicht genommen sind, ist noch nicht bekannt.

Der Waldenburger Bergbau gehört seit Jahren zu den finsternsten Glanzgebieten Deutschlands. Der kürzlich durchgeführte Streik zeigte der Öffentlichkeit aufs neue, unter welchen Bedingungen der Waldenburger Bergarbeiter sein Leben fristen muß. Es ist dringend zu hoffen, daß mit den jetzt durchgeführten Maßnahmen die dortigen Gruben ihre Wirtschaftlichkeit wiedergewinnen und daß auch damit der Lebensstandard der dortigen Bevölkerung grundlegend verbessert wird.

M. A. N. zahlt wieder Dividende. Der M. A. N.-Konzern (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg), der im vorigen Jahre demonstrierte auf die Zahlung einer Dividende verzichtet hatte, verteilt für das am 30. Juni abgeschlossene Geschäftsjahr eine sechsprozentige Dividende auf das Kapital von 20 Millionen. Bilanz und Geschäftsbericht liegen noch nicht vor, doch ist der Reingewinn mit 2,72 Millionen Reichsmark bekannt. Wir kommen auf den Abschluß der Gesellschaft noch näher zurück.

Schutz den armen Erfindern.

Zur Reform des Patentrechts.

Der „Vorwärts“ brachte in seinem Wirtschaftsteil bereits nähere Ausführungen über die vorliegenden Pläne zur Reform des bestehenden Patentrechts und zum Gutachten des Reichswirtschaftsrates. Welch brennendes Interesse die angeregten Reformen in den Kreisen der als Arbeitnehmer tätigen Erfinder hervorgerufen hat, zeigt folgende Zuschrift, die wir hiermit wiedergeben:

In der Industrie ist es heute ziemlich allgemein üblich, daß sämtliche Arbeitnehmer-Erfinder, soweit sie nicht in leitenden Direktorenstellungen sind, ihre Erfindungen größtenteils kostenlos dem Unternehmen, in dem sie tätig sind, überlassen müssen. Dies hat dazu geführt, daß ein großer Teil besonders wertvoller Erfindungen ins Ausland ging, um häufig genug unter hohen Lizenzgebühren von der deutschen Industrie zurückgekauft zu werden. Es liegt auf der Hand, daß dadurch der Volkswirtschaft beträchtliche Werte verloren gehen. Aber auch jegliches Interesse an Verbesserungen und Erfindungen wird durch diese von der Industrie beherrschbare Praxis erloschen. Im Interesse einer gesunden Entwicklung müßte das neue Patentrecht gewisse wesentliche Sicherungen hergegen schaffen und eventuell in Streitfällen die Einsetzung eines Sachverständigen-Schiedsgerichts durch das Reichspatentamt zur Festlegung des Wertes einer Erfindung schaffen.

Bei der Festlegung der Gebühren wäre zu erwägen, ob dieselben nicht nach sozialen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung des Einkommens zu lassen sind. Bei Arbeitslosigkeit müßte ein Erlaß bzw. eine Stundung der Gebühren, bei einem monatlichen Einkommen bis zu 200 Mark eine jährliche Gebühr von 10 Mark, bei 1000 Mark Monatslohn eine Gebühr von 100 Mark festgelegt werden. Das Reich könnte sich durch diese Staffelung den notwendigen Ausgleich durch den Ausfall der unteren Grenzen schaffen.

Von dem Heer der Nichttechniker muß heute schon ein großer Teil von vornherein auf die Inanspruchnahme eines Patents verzichtet, weil die notwendigen Gebühren für den Patentantrag nicht zu beschaffen sind. Es wäre daher zu prüfen, ob dieser Zustand nicht durch die Errichtung einer Beratungs- bzw. Auswertungsabteilung für Erfindungen von armen Erfindern beseitigt werden kann. Bei erfolgreicher Verwertung einer Erfindung wäre das Reichspatentamt auch hier in der Lage, die Gebühren nachträglich einzulassen. Es ist zu wünschen, daß bei der großen Bedeutung der Erfindungen für den Fortschritt im gesamten Wirtschaftsleben die Materie des Patentrechts nicht von rein juristischen Gesichtspunkten überwogen wird, sondern daß der volkswirtschaftliche Standpunkt genügend Berücksichtigung findet. Wenn auch dem Reich heute wenig Mittel zur Verfügung stehen, ist doch zu bedenken, daß durch den Verlust mancher wertvollen Erfindungen Tausenden von Arbeitern Brotmangel entgeht, so daß sich eine erweiterte Kuppelung der Erfindungen im allgemeinen auch für das Reich, das bei dieser Patentreform leider Opfer bringt, doppelt verdienen könnten.

Die Konjunktur im September.

Das Gesamtbild nicht ungünstig.

Die Entwicklung der Konjunktur im Laufe des letzten Monats zeigt deutlich, daß immer noch eine starke Widerstandsfähigkeit gegenüber den vielen Abschwächungserscheinungen vorhanden ist. Auch die Disconto-Gesellschaft stellt in ihrem neuesten Bericht fest, daß die Lage der deutschen Wirtschaft unverändert das Gesamtbild einer in sehr ruhigem Tempo ablaufenden Konjunktur zeigt. In der Rohisenproduktion sei im September die arbeitsmäßige Gewinnung nur um 1 1/2 Proz. niedriger gewesen als im August. Der Absatz in Stahlgießereien blieb auch im September weiterhin befriedigend.

Auch das Institut für Konjunkturforschung weist in seinem Septemberbericht auf die stärkere Widerstandsfähigkeit der Verbrauchsgüterindustrie hin. So habe sich im letzten Monat die Beschäftigung in der Textilindustrie, die in den Sommermonaten stark zurückgegangen war, behauptet. Auch in der Leder-, Lederwaren- und Schuhindustrie sowie in der Papier- und Holzbearbeitung ist eine leichte Belebung festzustellen. Das Institut bewerte diese als eine Folge von Saisoninflüssen, ist sich aber auch über die konjunkturelle Bedeutung derselben durchaus klar. Während nämlich im Frühjahr 1928 in den Verbrauchsgüterindustrien die fallenden Aktivitätsmomente den Konjunkturrückgang nicht aufhalten konnten, scheinen sie jetzt teilweise stärker zu sein als die immer noch wirksamen abschwächenden Momente.

In den Produktionsmittelindustrien habe sich der Rückgang der Beschäftigung weiter fortgesetzt. So ist auch die Beschäftigung in dem zur Gruppe Metallindustrie zusammenschließen Industriezweigen weiter gesunken. Vor allem habe der Auftragsbestand und der Auftragsbestand in wichtigen Zweigen der Maschinenindustrie nachgelassen.

Das Gesamturteil des Instituts über die Konjunktur-entwicklung lautet nicht ungünstig. Wenn sich in den Produktionsmittelindustrien nach der Meinung des Konjunkturstadits der Rückgang der Beschäftigung neuerdings stärker durchgesetzt hat, so darf nicht übersehen werden, daß diese Industriezweige ihrer ganzen Struktur nach widerstandsfähiger ist als die mit vielen Kleinbetrieben durchsetzte Gruppe der Verbrauchsgüterindustrien.

Starke Entlastung der Reichsbank. Der Ausweis der Reichsbank zum 15. Oktober zeigt eine sehr starke Entlastung. Der Wechselbestand ging um 283 auf 2062 Millionen zurück, während der Bestand an Reichsmarkeln, der letzten noch mit 13,5 Millionen ausgewiesen war, gänzlich verschwunden ist. Dagegen haben die Lombardkredite sehr stark, nämlich um 55,7 auf 114,9 Millionen zugenommen, was auf Steuerzahlungen zurückzuführen ist. Entsprechend dem starken Rückgang an Wechselkrediten ist auch der Umlauf an Noten und Rentenscheinen gesunken. Der Umlauf an Noten verringerte sich um 298 auf 4294 Millionen, der an Rentenscheinen um 20 auf 521 Millionen. Der Goldbestand weist mit 2509 Millionen eine weitere Zunahme um 22 Millionen auf. Der Bestand an bedienungsfähigen Devisen hat mit 140 Millionen ganz unmerklich abgenommen. Die Deckung der Banknoten durch Gold allein erhöhte sich von 54,2 auf 58,4

**Sie brauchen nicht nervös zu sein!
Trinken Sie Kaffee Hag**

Prägen, während die Deckung durch Gold und Deckungs-
fähige Devisen von 57,5 auf 61,9 Prozent stieg. Die Ge-
samterlöse der Reichsbank, die seit dem 1. Oktober 617 Millionen
beträgt, ist bedeutend höher als in den entsprechenden Quartals-
monaten.

Junkers hilft bei den perilschen Eisenbahnbauten. Die unter Füh-
rung der Julius Berger Tiefbau A.-G. stehende deutsche
Baugruppe, die umfangreiche Bahnbauten in Belgien auszuführen
hat, hat jetzt im Zusammenhang mit den Vorbereitungsarbeiten einen
Vertrag mit dem Junkers-Luftverkehr in Belgien ab-
geschlossen. Junkers hat auf Grund dieses Vertrages auf der ab-
zuschließenden Bahnstrecke Reichenbühlungsarbeiten zu machen, von denen
ein Teil bereits durchgeführt ist. Diese Aufnahmen wurden bereits
von dem Technikerstab von Julius Berger durchgeführt.

8 Prozent Hoch-Dividende. Die Hoch-Automobil-
werte in Chemnitz, die im Vorjahre 6 Prozent Dividende

zahlten, werden für das am 30. September beendete Geschäftsjahr
die Aktionärsdividende für das inwischen von 3 auf 8 Millionen
erhöhte Aktienkapital auf 8 Prozent heraufsetzen. Nur
an den mit der Dividende abziehenden Summen bemessen —
400.000 gegen 150.000 Mark im Vorjahre — hat sich der Rein-
gewinn des Unternehmens im letzten Jahre weit mehr als
verdoppelt. Die Umsätze, die schon im letzten Jahre rund
25 Millionen ausmachten, haben sich um etwa 50 Prozent
erhöht. Dies würde einen siebenfachen Umschlag des Aktien-
kapitals bedeuten. Nach Eingang des Geschäftsberichtes kommen
wir auf den Abschluss noch zurück.

Südafrikanischer Bedarf an rohem Material. Die sprunghafte
Erstlieferung Südafrikas in dem ersten Jahrzehnt nach dem Kriege
und der damit verbundene Ausbau des Eisenbahnnetzes
haben die Südafrikanische Union zu einem der besten Kunden
der europäischen Lokomotiv- und Waggonindustrie ge-

macht. Nach den großen Lokomotivbestellungen im letzten Jahr,
die mehrere hundert Maschinen umfassen, werden jetzt von der
Eisenbahnverwaltung der südafrikanischen Union neue große inter-
nationale Ausschreibungen auf Güterwagen befaßt. Es handelt
sich einmal um 600 Stück 40-Tonnen-Blockwagen (das sind Güter-
wagen mit besonderen Konstruktionsarten), um 150 Blechblockwagen
und 300 Stück weitere Güterwagen, insgesamt also um 1050 Waggon.

Glänzende Entwicklung der Maschinenfabrik Schubert u. Salzer.
Die kürzlichen Mitteilungen über den Hochbetrieb bei der großen
Chemnitzer Legmaschinen-Fabrik Schubert u. Salzer werden jetzt
noch durch den Bericht des Vorstandes auf der letzten Aufsichtsstel-
lung ergänzt. Danach beschäftigt das Werk zurzeit 6000 Mann
Befähigte. Die vorliegenden Aufträge sichern den Betrieben bis
in das erste Quartal 1929 hinein Beschäftigung. Die bisher ver-
zeichneten Umsätze seit Januar 1928 übertreffen noch diejenigen des
Konjunkturfalles 1927.

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Ein
Maskenball

Metropol-Theater

Täglich 8 1/2 Uhr
Friederike
Räthe Dorich
Richard Sauber
Gilde Wörner & Wepermann
Wendlandt & Diegelmann
Sara Sieg Wilmberg - Rollen-Tät.
Die Kasse ist den ganzen
Tag geöffnet.
Telephon: Zentrum 378 v. 9301

Kleines Theater

Neuzeit 7 1/2 Uhr
Premiere
Max Adalbert
Der Dickkopf
Sandrock, Lande,
Sterler, Sikla.

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

ALMA

Warum alle Kulturvölker von Jahr zu Jahr mehr Margarine speisen!

Die Margarine ist der Brotaufstrich und das Speisefett der Zukunft; denn die Butterproduktion hält nicht mit dem steigenden Fettbedarf der Menschen Schritt! Unter diesen Umständen ist es vielleicht gut, dass am Beispiel der Alma-Margarine einmal erklärt wird, woraus Margarine besteht und was sie wert ist.

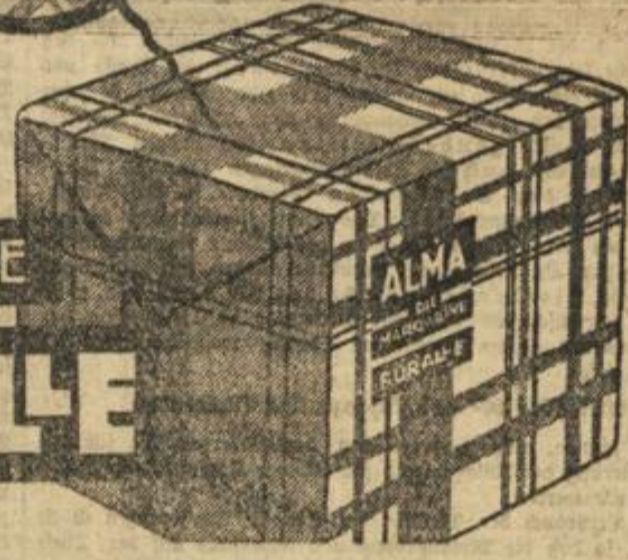
Feinste Speisefette und Pflanzenöle werden in grossen Gefässen, den Kirnen, mit Milch und Eigelb verbuttert. Nach dem Abkühlen wird das Gemisch maschinell geknetet, mit dem notwendigen Kochsalz versehen, von der überschüssigen Feuchtigkeit befreit, maschinell verpackt und — die „Alma“-Margarine ist fertig.

„Alma“ hat z. B. etwa den doppelten Nährwert von Wurst und steht mit Butter an Nährwert und Verdaulichkeit gleich.

Wenn Sie „Alma“ aufs Brot streichen, so wird Ihnen immer der frische, reine Geschmack Freude machen.

„Alma“ wird grundsätzlich ohne Geschenkbons und ohne Wertreklame verkauft und kostet deshalb nur 85 Pfennig das Pfund.

„Alma, die Margarine für Alle“ wird hergestellt in den berühmten Blauband-Werken.



ALMA DIE MARGARINE FÜR ALLE

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Ein
Maskenball

Metropol-Theater

Täglich 8 1/2 Uhr
Friederike
Räthe Dorich
Richard Sauber
Gilde Wörner & Wepermann
Wendlandt & Diegelmann
Sara Sieg Wilmberg - Rollen-Tät.
Die Kasse ist den ganzen
Tag geöffnet.
Telephon: Zentrum 378 v. 9301

Kleines Theater

Neuzeit 7 1/2 Uhr
Premiere
Max Adalbert
Der Dickkopf
Sandrock, Lande,
Sterler, Sikla.

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Freitag, 6. 10. 10
Städt. Oper
Unter d. Linden
A.-V. 112
19 1/2 Uhr
Don Carlos

Kommunistische Knüppelmethoden.

Im Hamburger Hafen.

Hamburg, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Um das Fiasco des Volksbegehrens zu verbessern, versuchen die Kommunisten im Hamburger Hafen eine wilde Streikbewegung zu entfachen. Als Vorwand dafür haben sie Forderungen auf eine gerechtere Arbeitsvermittlung aufgestellt, für die sich die Gewerkschaften seit Jahren und auch mit gutem Erfolge bereits eingesetzt haben. Sie verlangten von dem Vorstand des Hafenbetriebsrates, daß er sich für die kommunistischen Forderungen sofort einsetzen soll. Der Vorstand lehnte dieses Ansuchen ab, weil die Vermittlung vertraglich zwischen den Organisationen geregelt ist und die Gewerkschaften sich im übrigen ihre Handlungen nicht von der kommunistischen Partei vorschreiben lassen. Eine von einem kommunistischen Bürgerchaftsmitglied aufgegriffene Menge versuchte dann den Hafenbetriebsrat unter Androhung von Gewalt zur Teilnahme an einer Versammlung zu zwingen. Einzelne Mitglieder des Hafenbetriebsrates wurden in der übelsten Weise tätlich angegriffen. Mit brutalen Gewaltmaßnahmen und Terrorakten haben die Kommunisten es dann erreicht, daß in sechs Verteilungsstellen die Arbeiterchaft sich nicht zur Arbeitsvermittlung meldete. Um weitere Zusammenstöße zu vermeiden, wurde das Bureau des Hafenbetriebsrates vorläufig geschlossen.

Die freien Gewerkschaften der Feind.

Christlich-kommunistisch-polnische Front.

Bodum, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Bergarbeiterverband hat seine Stimmenzahl gegenüber der letzten Knappschaftswahl im Jahre 1924 um 43.000 erhöht, obwohl er von den Zechenstilllegungen und dem Bergbaufortschritt im südlichen Kondroier des Reviers am schlimmsten betroffen wurde. Diesen Stimmenzuwachs über die deutsch-nationale und die Zentrumsprelle auf den Anschlag der kommunistischen Unionen an den Bergarbeiterverband zurück. So verhält sich die Sache nicht. Nicht alle kommunistischen Mitglieder und Helften sind zum Bergarbeiterverband übergetreten. Ein Teil davon ist unorganisiert geblieben oder in das rechtsradikale Lager übergeschwenkt. Ein anderer Teil hat sich dem Christlichen Gewerksverein angeschlossen.

Vor der jetzigen Wahl sind eine ganze Reihe überradikaler Helften zum Gewerksverein übergetreten, weil der Verband ablehnte, sie auf seine Liste aufzustellen. Zum Beispiel in Hamburg die überradikalen Syndikalisten Petruscha, Proschka und Köwelp; in Selsenkirchen der aus dem Bergarbeiterverband ausgeschlossene Kommunist August Sattler; in Menge der überradikale Kommunist und frühere Nationalist Bager, den der Bergarbeiterverband nicht wieder aufnahm, weil ihm moralische Defekte nachgewiesen wurden.

Die Liste kann beliebig verlängert werden. Doch auch die Polen auf der Liste der „nationalen“ Christen Platz gefunden haben, sei der Kuriosität halber auch festgestellt.

Alle diese hemmungslos radikalen Syndikalisten und Kommunisten haben die Vorschlagsliste des Christlichen Gewerksvereins als Spaltenladendaten geziert und sind zum Teil gewählt worden.

In letzter Stunde ließ der Christliche Gewerksverein ein Flugblatt verbreiten, in dem er den Bergarbeiterverband für den Bau des Panzerkreuzers verantwortlich machte!

Richtsbestimmter hat der Bergarbeiterverband es abgelehnt, mit gleichen Mitteln zu arbeiten. Trotz der wüsten Hege hat die Wahl dem Bergarbeiterverband einen doppelt so großen Stimmenzuwachs gebracht als den christlichen Syndikalisten, Kommunisten und Polen. Daran hat auch die Ueberklebung der Wahlplakate des Bergarbeiterverbandes mit Panzerkreuzerplakaten, wie sie an vielen Stellen durch die Kommunisten vorgenommen wurde, nichts geändert, wie der Schlepperdienst für die Christen von Kommunisten.

Nachricht der Redaktion: Nach dieser polnisch-kommunistisch-christlichen Verbrüderung gegen die „Panzerkreuzerfaszisten“ nimmt es sich sehr gut aus, wenn der „Deutsche“ in seiner Nummer vom 19. Oktober zum Inhalt die „Nationalliberale Korrespondenz“ gibt, in der der Sozialdemokratie zugerechnet wird, für Panzerkreuzer zu stimmen.

Verbandstag der Kommunalbeamten.

Freigewerkschaftliche Einheitsfront.

Der 4. Verbandstag wurde am 10. Oktober in Gera von dem Vorsitzenden Theel-Berlin eröffnet. Reichstagsabgeordneter Stellung begrüßte die Versammlung im Namen der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages und der Landtage Preussens und Thüringens. Genosse Theel-Berlin gab den Geschäftsbericht.

Der Bericht des Kontrollausschusses beschränkte, daß die Organisation finanziell gesund und kräftig sei und seit dem letzten Verbandstage einen Mitgliederzuwachs um mehr als 100 Proz. zu verzeichnen habe.

Ministerpräsident a. D. Stellung hielt am nächsten Tage einen Vortrag:

„Der Beamte als Staatsbürger.“

Der Beamte der Vorkriegszeit war der typische Antezedens, der keinerlei Meinungsfreiheit genoss. Erst durch die Revolution erhielt er die Vereinigungsfreiheit, und die Volksbeauftragten garantierten der Beamtenschaft die nachher erworbenen Rechte. Welcher stellt ein erheblicher Teil der Beamtenschaft noch heute sich selbst hin als etwas Besonderes und macht zwischen sich und dem übrigen Volk einen Unterschied. Eine ungeheure Menge dieser Nuhnier der Republik hat bis heute den Begriff des Volksstaates geistig und seelisch nicht erfasst. Hier liegt auch eine gewisse Schuld der Republik vor, die es verabsäumt hat, durch entsprechende Mittel den Beamten entsprechend zu schulen. Die Demokratisierung der Verwaltung ist noch immer ein frommer Wunsch, und auch in der Personalpolitik hat die Republik in der Praxis bisher zum erheblichen Teil versagt.

Die Dreiklassenstheorie.

wonach die Arbeiter in eine einheitliche Arbeitergewerkschaft, die

Angestellten in eine einheitliche Angestelltengewerkschaft und die Beamten Schüler an Schüler mit ihnen in eine einheitliche Beamtengewerkschaft, alle auf dem Boden der freigewerkschaftlichen Weltanschauung, sich zusammenfinden müssen, ist nicht über Bord geworfen, sondern mehr als je eine Notwendigkeit. Das müssen auch diejenigen berücksichtigen, die aus falschen Gründen glauben, obwohl sie ihrer ganzen inneren Einstellung nach freigewerkschaftler sind, sie müßten in einer Organisation bleiben, die zwar ihrer Anschauung nicht entspricht, in der sie aber dennoch Wirkungsmöglichkeit für ihre Anschauung zu finden hoffen.

Ministerialdirektor Brill sprach über „Kommunale Verwaltungsreform“. Drei Dinge seien wesentlich für die Neuordnung des kommunalen Verfassungs- und Verwaltungsrechts: 1. Neubestimmung der allgemeinen Rechtsstellung der Kommunen im Staatsganzen; 2. Neubestimmung der Verwaltungsaufgaben; 3. Neubestimmung des kommunalen Dienstrechts.

Eine entsprechende Entschlieung wurde einstimmig angenommen.

Der 3. Verhandlungstag war ausgefüllt mit Beratungen der verschiedenen Ausschüsse. Am 4. Verhandlungstag wurden zunächst ausländische Begrüßungsschreiben bekanntgegeben. Darunter auch ein solches des französischen Kultusministers Herriot. — Im Anschluß daran führte Genosse Falkenberg, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes, in seinem Vortrag:

„Der Beamte als Weltbürger“

aus, daß die Enge kleinbürgerlichen Denkens auch das Kennzeichen des Beamten der Vorkriegszeit war. Jede übernationale Regelung war dem Beamten verwehrt. Den Versuchen der unteren und mittleren Beamtenschaft, sich aus den Fesseln der Tradition zu befreien, wurde durch Scharfmacherei der Verwaltungsbürokratie entgegengetreten. Die bereits in der Vorkriegszeit geknüpften Fäden internationaler Verständigung unter den Beamten wurden durch den Weltkrieg gerissen. Nach dem Kriege suchten Bruderhände über die Landesgrenzen hinweg einander zu finden und ein gleichmäßiges Vorgehen in den verschiedenen Ländern wurde erstrebt für die Fragen, die alle Beamten gleichmäßig interessieren, wie: Wählrecht, Koalitionsfreiheit, Beförderung. Die wiedererlebenden internationalen Beamtensorganisationen tragen den unverkennbaren Stempel weltbürgerlicher Gesinnung.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Kampfbüro: Gruppenheim, Schule, Sonnenburger Straße 30. Vortrag: Kampfmaßnahmen der Unternehmern ein und acht. — Gruppenheim: Gruppenheim, Sonnenburger Straße 31. Vortrag: Bodrechtstreit. Vortrag: „Kommunist und Landstreicher“. — Gruppenheim: Gruppenheim, Sonnenburger Straße 32. Vortrag: „Kommunist und Landstreicher“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Vorlesung, Freitag, haben folgende Veranstaltungen statt: Südwest: Jugendheim des Ortsbureaus, Belle-Alliance-Straße. Vortrag: „Das Friedensproblem“. Referent: Nachum.

Musikaufträge

Übernimmt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 6/64. Telefon 3377-78. Schreibzettel 9-5, Sonntags 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Beiratsbeschluss.



Helle Berliner

kaufen nach wie vor zu unseren spielend leichten Zahlungsbedingungen

AUF Teilzahlung

(Raten jedem, auch dem kleinsten Einkommen angemessen) ihre Winterkleidung!

Besichtigen Sie bitte unsere Riesenauslager ohne jede Kaufverpflichtung.

Wir führen:

Damen, Herren- und Kinder-Konfektion, Pelzmäntel und Pelzbesätze, Strickkleider, Pullover, Westen für Damen, Herren und Kinder, Leinen und Baumwollwaren, Inlette, Drelle. Fertige Bettwäsche, Tischwäsche, Leibwäsche für Damen und Herren, Teppiche, Gardinen, fertige Betten, Bettfedern, Schuwaren für Damen, Herren, Kinder.

KAUFHAUS Modern

IM OSTEN: Gr. Frankfurterstr. 101 | IM SÜDEN: Kottbuserdamm 72

Fischer Mantel eng Legenmantel ganz auf reiner Wolle gefertigt, mit Pelzstreifen

56.-

Stromer-Mantel ganz auf Wolle m. Pelzstreifen u. Wollschleife

32.-

Winter waffige Qualität, in modernem Farben mit angewebtem Pelz und Stoppereffekt

68.-

Pelzmantel Kakao auf Nationalität gefertigt

62.-

Billige Lebensmittel

Leipzigerstrasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Strasse • Brunnenstrasse • Kottbuser Damm • Andreasstrasse • Chausseestrasse
Mengenabgabe vorbehalten Fleisch, Wild, Geflügel, Fische, Obst und Gemüse sind vom Versand ausgeschlossen Verkauf soweit Vorrat Preise vor Freitag und Sonnabend

KONFITUREN

Dominosteine	1/2 Pfd. 35	1/4 Pfd. 65
Blätterteigbrezeln	1/2 Pfd. 38	1/4 Pfd. 75
Schokoladenkeks	1/2 Pfd. 65	
Milchkaramellen	1/2 Pfd. 45	
Vollmilch- u. Vollmilchbutter-Schokolade	8 Tafeln à 100 g	95
Pralinenschnitte	1/2 Pfd. 65	

Frisches Fleisch

Pa. Schweinebauch ohne Beilage, Pfd.	1.08
Pa. Schweineschinken - Blatt Pfd.	1.15
Pa. Schweinekamm und -schmelz ohne Beilage, ohne Schwarze, Pfund	1.20
Pa. Schweinekotelett Pfund	1.30
Pa. Kassler mild Pfund	1.18
Pa. Pökelschinken mild Pfund	1.18
Pa. Rückenfilet bratfertig, ohne Schwarze, Pfund	1.10
Kalbskamm ohne Beilage Pfund	80
Kalbskeule bis 8 Pfund schwer, Pfund	1.00
Pa. Hammelvorderfleisch Pfund von	98
Pa. Schmorfleisch Keule, ohne Knochen, Pfd.	1.24
Pa. Roulade Pfund	1.30
Pa. Suppenfleisch Pfund von	80
Pa. Schabelfleisch Pfund	1.28
Pa. Tafel selbstangelaufen Pfund	58

Geflügel

Ochsenfleisch ohne Knochen, Pfund	1.12
Ochsenfleisch ohne Knochen, Pfd.	88
Hammelvorderfleisch Pfund von	78
Hammerrücken Pfund	88
Hammelkeule Pfund	98
Rinderbacken frisch, ohne Knochen, Pfund	50

Obst und Gemüse

Blaue Pflaumen 8 Pfd. 95 Pfd.	Kürbis Pfund 6 Pfd.
Kobirnen 2 Pfund 25 Pfd.	Kohlrüben Pfund 6 Pfd.
Essbirnen Pfund 20 Pfd.	Holländischer Weisskohl Pfund 7 Pfd.
Kochäpfel Pfund 15 Pfd.	Rohkohl Pfund 9 Pfd.
Essäpfel Pfund 20 Pfd.	Wirsingkohl Pfund 9 Pfd.
Amerik. Äpfel Pfund 35 Pfd.	Möhren gewaschen, Pfund 8 Pfd.
Weintrauben Pfund 35 Pfd.	Kartoffeln 10 Pfund 38 Pfd.
Bananen Pfund 35 Pfd.	

Fische und Räucherwaren

Portug. Chinchards in Öl 38 Pfd. 3 Dos. 1.08	Leb. Karpfen Pfd. v. 95 Pfd. an
Lebende Schleie Pfd. 1.30	Feldbüchlinge engl. Pfd. 45 Pfd.
Lebende Hechte Pfd. 1.30	Räucherheringe Stck. 25 Pfd.
Frische Schellfische Pfd. 35 Pfd.	Grosse Flundern Pfd. 68 Pfd.
Rotbars ohne Kopf, Pfd. 42 Pfd.	Bundale Bund 40 Pfd.
Kabeljau Pfund 45 Pfd.	Räucherlachs 1 St. Pfd. 1.80

Käse und Sette

Frühstückskäse 20 Stck. 25 Pfd.	Tilsiter vollfett, Pfd. 95 Pfd. 1.05
Harzerkäse Malmser, Pak. 50 St. 3 Pak. 35 Pfd.	Emmentaler a. B. Pfd. 1.20
Camembert mild, 20 St. 24 Pfd.	Bayer. Schweizer Pfd. 1.45
Allg. Stangenkäse Pfd. 55 Pfd.	Margarine Pfund 52, 62 Pfd.
Edamer u. Holländer Pfd. 85 Pfd.	Rinderfett Pfund-Paket 50 Pfd.
Tilsiter ohne Rinde, Pfund 95 Pfd.	Kokosfett 1-Pfund-Paket 62 Pfd.
Dän. Schweizer Pfund 98 Pfd.	Bratenschmalz Pfund 85 Pfd.
	Tafelbutter Pfund 1.95

Wurstwaren

Rot- u. Leberwurst Pfd. 70 Pfd.	Schinkenpolnische Pfd. 1.40
Dampfwurst Pfund 98 Pfd.	Hildesheimer Pfund 1.40
Sülzwurst Pfund 1.00	Bierwurst Pfund 1.60
Haus- u. Leberw. Pfd. 1.05	Schinkenwurst Pfund 1.65
Bauernleberwurst Pfd. 1.40	Holstein. Zerklein. und Salami Pfund 1.80
Leberwurst Pfund 1.60	Schinkenspek. Pfund 1.80
Jagdwurst Pfund 1.20	Nusschinken Pfund 1.95
Fleischwurst Pfund 1.20	Zerv. u. Salami Pfund 2.00
Speckchen Pfund 1.20	Teewurst Pfund 1.75
Melzwurst nach Braunschweig, Pfd. 1.35	

Kolonialwaren

Hartgriess-Makkaroni, Pfd. 38 Pfd.	Bruchreis Pfund 18 Pfd.
Eierschnitnudeln Pfd. 39 Pfd.	Burmareis Pfund 22 Pfd.
Eierfadennudeln Pfd. 40 Pfd.	Ital. Tafelreis Pfund 26 Pfd.
Viktoria-Erbsen Pfd. 30 Pfd.	Hafersflocken Pfund 24 Pfd.

Konfitüre

2-Pfund-Elmer Pflaumen 85 Pfd.	2-Pfund-Elmer Erdbeeren 1.25
Orangen 1.15	Kirschen 1.25
Johannisbeeren 1.15	Himbeeren 1.35
Aprikosen 1.10	Ananas 1.50

Tees

Ostfriesische Mischung Paket 70 Pfd. 1.35
Ceylon-Mischung Paket 80 Pfd. 1.35
Darjeeling-Mischung Paket 90 Pfd. 1.75
Sumatra-Java-Mischung Paket 25, 50, 95 Pfd.

Vierfrucht - Marmelade

2-Pfd. 82 Pfd.	5-Pfund- 1.98	10-Pfund- 3.75	25-Pfund- 8.70
Elmer 82 Pfd.	Elmer 1.98	Elmer 3.75	Elmer 8.70
Zitronenkonfitüre 2-Pfund-Elmer 1.25			

Kaffee, frisch gebrannt

Santos Pfund 2.40	Guatemala Pfund 2.95
Santos Perl Pfund 2.80	Costarica Pfund 3.10

Konserven

Gemüseerbsen 50 Pfd.	Jg. Bohnen 62 Pfd.
Jg. Erbsen mittelste 78 Pfd.	Mirabellen 1.05
Hawai-Ananas 1 Dose 95 Pfd. 1.05	

Wild u. Geflügel

Junge Gänse Pfund von	1.05
Ung. Mastgänse Pfund	1.28
Suppenhühner St. von	88
Junge Brathühner Pfund	1.25
Hirschblätter von	80
Hirschkeule Pfund	1.45

Bowlen- und Tafelweine

1927er Oberhaardter-Malkammerer mit Doppelkorkstopfen, 1 Liter	1.25
1926er Birkheimer-Feuerberg Rotwein, 1 Liter	1.20
1927er Dönnelinger-Rodder Rotwein, 1 Liter	1.60
1926er Chät. Belair-Fronzes Original Int. Samos u. Sonnengarten, 1 Liter	1.25
1925er Trittelheimer Vogelsang, 1 Liter	2.25
1926er Weisenheimer Steinacker, 1 Liter	2.00

ZUR BOWLE

10 Pfd. Edenkober-Kirchberg	17.50
2 Pfd. Fruchtschaumwein und 1 Dose Ananas in Scheiben	17.50

VOM FASS

Johannisbeerwein 1 Liter	85
Rheinpfälzer Weisswein 1 Liter	1.25
Mittelvoller Rotwein für Glühwein- und Tischwecke 1 Liter	1.25
Roter Tarragona 1 Liter	1.60
Deutscher Weinbrand 1 Liter	3.75
Jamaica-Rum-Verschnitt 1 Liter	3.75

Unserem langjährigen Bezirksleiter **Karl Fritz** Heimbergweg 8, zu seinem 65. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. Die Abteilungsleitung, 5. Stb.

Bezirksverband Berlin SPD. Kreis Mitte - I. Abteilung Unter Heber Straße **August Küper** Einlenstr. 163. Ich an einer Operation plötzlich erkrankten. Wir deckten einen ruhigen, erhellenden Freund, den wir nie vergessen werden. **Der Vorstand.** Einlieferung: Sonnabend, den 20. Oktober, 16 Uhr, Anatomisches Institut.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. **Todesanzeige** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser **Karl Soldan** geboren 15. März 1884, am 15. d. M. gestorben ist. **Seine Hinterbliebenen!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr, im Krematorium Friedrichstraße statt. **Seine Hinterbliebenen!** Bitte um Teilnahme wird erbeten. **Die Orlow-Familie.**

Danksagung. Für die uns beim Eingangs unserer letzten Entlassenen **Anna Hildebrandt** bewiesene herzlich Anteilnahme danken wir allen Verwandten, Bekannten und Freunden. **Charlotteburg, Carewitzstr. 20. Felix Hildebrandt und Angehörige.**

Danksagung. Für die uns beim Eingangs unserer letzten Entlassenen **Karl Hartwig** bewiesene herzlich Anteilnahme danken wir allen Verwandten, Bekannten und Freunden. **Berlin-Preussen, 6. 18. Oktober 1928. Frau Dr. Elise Hartwig.**

Die Beisetzung der Asche meines lieben unvergesslichen Kameraden und Lebensgefährten **Paul Rüger** erfolgt nicht, wie irrtümlich im gestrigen Vorwärts vermerkt, um 14 1/2 Uhr, sondern am Sonntag, dem 20. Oktober, um 14 1/4 Uhr, auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde. **Helene Lüdcke.**

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, den ich allen Freunden und Bekannten, sowie den Mitarbeitern des Hauses meinen herzlichsten Dank. **Katharina Herrmann.**

Verlangen Sie Sonderangebot



Waschmaschinen
Wäsche Rollens

Auch bis zu **18 Monatsraten**
Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Verkäufe

Sanitärzellen, Quadratmeter nur 50. Wärmig, kleine Anschaffung, monatlich 30,-, Oranienburg, Restaurant Hofmann, Berliner Allee 21.

Sanitärzellen, herrlich, bunt, nur 50,-. Kleine Anschaffung, monatlich 30,-, Wagner, Wandliger, Stolzenbergstraße.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene, halbfertige, teils auf Größe, 18,-, Smokingsätze, Rauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, Banden billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. **Reichhaus** Reichenhagenstr. 10, Linienstraße 208-204. **Edo** Reichenhagenstraße 10, Reichenhagenstraße 10.

Reich hodelanter, reichhaltige, halbfertige, teils auf Größe, 18,-, Smokingsätze, Rauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, Banden billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. **Reichhaus** Reichenhagenstr. 10, Linienstraße 208-204. **Edo** Reichenhagenstraße 10, Reichenhagenstraße 10.

Wenig getragene, halbfertige, teils auf Größe, 18,-, Smokingsätze, Rauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, Banden billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Reichhaus Reichenhagenstr. 10, Linienstraße 208-204. Edo Reichenhagenstraße 10, Reichenhagenstraße 10.

Blumenspenden lieber An... **Paul Golletz,** vorm. Hauptmann, Mariannenstraße 3, Ecke Baumstraße, Amt Berlin, 108 03

Besonders empfehlenswert

Steinmetz-Kraftbrot

nach dem Steinmetz-Verfahren vor der Vermahlung gewaschen und entkühlt.

Steinmetz-Grahambrot

für Zuckerkranken besonders geeignet.

Kommisbrot

in alter vorzüglicher Qualität.

Simonsbrot

ist ein hervorragendes Vorbeugungsmittel gegen Verdauungsstörungen und Darmbeschwerden. Aerztlich bereits empfohlen.

Auch in Päckchen (Rinh. 0.10) erhältlich

Landbrot, Weizenbrot, Calcium-Nährbrot, Grahambrot, Bogenbrot, Mecklenburger u. Hamburg-Bremer Schwarzbrot, Dr. Klopferbrot, Pampelnickel, verschiedene Kuchenarten.

Wittler-Brot-Fabriken

Berlin N. 65, Maxstr. 2-5. Verkaufsstellen in allen Teilen Berlins und der Vororte.

Möbel

Zu außerordentlich günstigen Bedingungen

Spezialzimmer 30. - Spezialzimmer 35. - Modern Küche 10. -

Beiser

Lomaringer Str. 67
Frankfurter Allee 336

Wenig getragene, halbfertige, teils auf Größe, 18,-, Smokingsätze, Rauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, Banden billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Reichhaus Reichenhagenstr. 10, Linienstraße 208-204. Edo Reichenhagenstraße 10, Reichenhagenstraße 10.

Möbelfabrik merke Recht und hat **Möbelfabrik** große Auswahl, kleine Preise! **Spezialzimmer 30. - Spezialzimmer 35. - Modern Küche 10. -**

Möbelfabrik merke Recht und hat **Möbelfabrik** große Auswahl, kleine Preise! **Spezialzimmer 30. - Spezialzimmer 35. - Modern Küche 10. -**

Möbelfabrik merke Recht und hat **Möbelfabrik** große Auswahl, kleine Preise! **Spezialzimmer 30. - Spezialzimmer 35. - Modern Küche 10. -**

Möbelfabrik merke Recht und hat **Möbelfabrik** große Auswahl, kleine Preise! **Spezialzimmer 30. - Spezialzimmer 35. - Modern Küche 10. -**

Fahrräder **Teilschling.** Geringe Anschaffungskosten, trahieren billig. **Teilschling.** Geringe Anschaffungskosten, trahieren billig. **Teilschling.** Geringe Anschaffungskosten, trahieren billig.

Fahrräder **Teilschling.** Geringe Anschaffungskosten, trahieren billig. **Teilschling.** Geringe Anschaffungskosten, trahieren billig. **Teilschling.** Geringe Anschaffungskosten, trahieren billig.

Fahrräder **Teilschling.** Geringe Anschaffungskosten, trahieren billig. **Teilschling.** Geringe Anschaffungskosten, trahieren billig. **Teilschling.** Geringe Anschaffungskosten, trahieren billig.

Fahrräder **Teilschling.** Geringe Anschaffungskosten, trahieren billig. **Teilschling.** Geringe Anschaffungskosten, trahieren billig. **Teilschling.** Geringe Anschaffungskosten, trahieren billig.